

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zt., mit Zustellgeld 3.80 zt. Bei Postbezug monatl. 3.89 zt., vierjährlich 11.66 zt. Unter Streifband in Polen monatl. 7.50 zt. Danzig 2.50 gr., Deutschland 2.50 gr. — **Einzel-Nr.** 25 gr., **Sonntags-Nr.** 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — **Fernruf Nr.** 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Blättervorschiff u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 gr. — Für das Erreichen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen. Postcheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 230

Bromberg, Dienstag, den 9. Oktober 1934

58. Jahrg.

Polen und der Minderheitenschutz

von Dr. Udo Rusler.

Die Kündigung des Minderheitenschutzvertrages durch den polnischen Außenminister bedeutet den Endpunkt der Linie, die Polen in der Minderheitenfrage seit der Friedenskonferenz verfolgt hat. In der dramatischen Konferenz vom 31. Mai 1919 hat Paderewski den Minderheitenschutz als fremde Einmischung in innere polnische Verhältnisse abgelehnt; den gleichen Standpunkt nimmt die polnische Denkschrift an die Kommission für die neuen Staaten vom 16. Juni 1919 ein. Stets ist die Begründung die gleiche wie sie jetzt Minister Beck gegeben hat: Der internationale Minderheitenschutz bedeute eine Ausnahmehandlung für die damit belasteten Staaten; außerdem sei er nicht nötig, weil die polnische Gesetzgebung völlig genüge. Polen ist überzeugt, in dieser Frage einen ähnlichen Kampf um Gleichberechtigung zu führen, wie Deutschland in der Entwaffnungsfrage. Das erklärt die Leidenschaft, mit der in Polen dieses Problem behandelt wird. Und in der Tat kann gegen die Forderung der Generalgemeinerung des Minderheitenschutzes kein triftiger Einwand erhoben werden. Indes ist die Sach- und Rechtslage doch wesentlich anders als in der Entwaffnungsfrage.

Die Entwaffnung ist Deutschland auferlegt worden mit der Zusicherung der allgemeinen Entwaffnung; Deutschland sollte nur eine Vorleistung bewirken, also eine einseitige Leistung als Beginn der allgemeinen Abrüstung. Den Minderheitenschutzvertrag hat Polen unter ganz anderen Umständen unterzeichnet. Auf die von dem Rumänen Bratianu vorgebrachten Einwände hat am 31. Mai 1919 Wilson namens der Alliierten geantwortet:

"Aber ich bitte zu beachten, daß er (Bratianu) die Tatsache überblickt läßt, daß er hier die Sanktionierung bedeuten der Gebietsabtretungen fordert, welche Rumänien durch den gemeinsamen Sieg unserer Waffen zugebilligt sind. Wir haben also das Recht zu sagen: Wenn wir diesen Gebietsabtretungen zustimmen, so haben wir das Recht, auf gewissen besonderen Friedensbestimmungen zu bestehen."

Der maßgebende Gedanke, der auch in der Präambel des Minderheitenschutzvertrages wiederkehrt, ist also der, daß der Minderheitenschutz das Gegengewicht für die Zuteilung von Gebieten mit gemischter Bevölkerung ist. Der Minderheitenschutz war das einzige Narzotikum, mit dem die Alliierten die Verlebungen des Selbstbestimmungsrechts vor sich selbst entschuldigen konnten; nur dieses Prinzip schien tragfähig genug, um die Neuordnung Europas zu führen. Der Minderheitenschutz ist also nicht eine zufällige Erfindung der Konferenz, sondern steht in engstem organischen Zusammenhang mit der Ziehung der Grenzen. Daher kann man wirklich nicht von einer einseitigen Vorbefestigung Polens sprechen. Dieser Zusammenhang mit den Territorialfragen ist auch in den entscheidenden Stunden in Polen klar erkannt worden. Als die Versailler Verträge im polnischen Parlament beraten wurden, sträubte man sich aufs Äußerste gegen das Minderheitenregime. Der Kommissionsbericht stellte trotzdem die Notwendigkeit der Unterzeichnung fest mit den Worten:

"Falls also Polen die Verpflichtungen nicht annehmen wollte, die ihm durch die Alliierten und assoziierten Mächte auferlegt sind, so würde es durch diese Tatsache selbst aus der Reihe der alliierten Mächte ausscheiden, die gleichzeitig den Vertrag mit Deutschland geschlossen haben, und es könnte für sich keine Rechte aus diesem Vertrage herleiten."

Danach wurde vom polnischen Parlament selbst festgestellt, daß mit der Verleugnung des Minderheitenschutzvertrages die einzige Rechtfertigung für die heutigen Grenzen Polens wegfallen würde. Die Folgerungen für das Revisionssproblem liegen auf der Hand.

Ebenso schlecht steht es mit dem zweiten polnischen Argument, daß der Minderheitenschutzvertrag überflüssig sei, weil die polnische Gesetzgebung von sich aus genügende Garantie biete. Es ist zwar richtig, daß in der polnischen Verfassung ähnliche Grundsätze stehen, wie im Minderheitenschutzvertrag; aber das genügt leider nicht, weil die Ausführungsgefeße fehlen. Auch die polnischen Gelehrten geben das zu. So schreibt Professor Starzewski-Bromberg in der Zeitschrift für Ostecht 1929, S. 29: "Die Konstitution stellt ihre hierarchische Überordnung den gewöhnlichen Gesetzen gegenüber fest; doch die aus dieser Tatsache sich ergebenden Sanktionen funktionieren nicht."

Auch der politische Nationalist und Bekämpfer des Minderheitenschutzes K. Kierski schreibt auf S. 293 seines wichtigen Buches "Ochrona Praw Miniejszości w Polsce":

"Die Aufnahme von Minderheitenschutzbestimmungen in die Verfassung hat für sich allein die den Minderheiten wirklich zustehenden Rechte nicht geichert. Die Gesetze und Verwaltungsvorschriften können nicht immer mit der Verfassung übereinstimmen."

Damit ist in der Tat der entscheidende Punkt berührt. Denn da die Gerichte nicht befugt sind, die Verfassungswidrigkeit der Gesetze zu prüfen, so sind zahlreiche Verfassungsregeln praktisch gegenstandslos. Diese Lücke im System ist dafür verantwortlich, daß in vielen Fällen die

Minderheiten die ihnen zustehenden Rechte nicht auf dem staatlichen Instanzenwege durchsetzen konnten, sondern auf die Bahn internationalen Schutzes gedrängt wurden. Der Zwang dazu war um so größer, als nach der Gerichtspraxis die Minderheitenschutzverträge innerstaatlich keine Normen darstellen, auf die sich der einzelne vor den Behörden seines Landes berufen könnte. Somit ist die politische Behauptung nicht zutreffend, daß die polnische Gesetzgebung im Sinne der Minderheitenschutzverträge genügende Garantien biete. Das Gegenteil ist leider oft genug festgestellt. So hat der Internationale Gerichtshof im Haag wiederholt die Verleugnung des Minderheitenschutzvertrages durch polnische Gesetze aussprechen müssen, z. B. hinsichtlich der Gesetze über die Staatsangehörigkeit wie über die Ausführung des Versailler Vertrages.

Da dies alles in Polen ebenso gut bekannt ist, wie anderwärts, kann es sich bei dem jetzigen Schritt nur um etwas Grundsätzliches handeln. Der Zeitpunkt war gegeben einmal durch die Abwesenheit Deutschlands in Genf, andererseits durch den Eintritt Russlands in den Rat. Es geht ums Ganze: um die Ablehnung des internationalen Minderheitenschutzes als solchen.

In Wirklichkeit bedeutet daher der polnische Vorstoß die akute Krise des Minderheitenschutzes überhaupt. Nun ist es ja interessant genug, daß Polen sich einseitig von seinen

Pflichten lossagen konnte, ohne daß von Sanktionen auch nur geredet worden ist. Wer sich aber damit trösten wollte, daß Polen dem Völkerbund einen tüchtigen Schlag versetzt und Frankreich verstimmt habe, der hat die Augen noch nicht gespürt, die ihn selbst getroffen hat. Denn am schwersten trifft das polnische Vorgehen die Minderheiten in Polen und vor allem die schwer kämpfenden Deutschen in Polen. Wenn man sich vor Augen hält, wie die Agrarreform zur Entdeutschung der Landwirtschaft benutzt wird; wenn das deutsche Schulmessen schon derart erdrostet ist, daß nur noch die Hälfte der deutschen Kinder in deutsche Schulen gehen können, dann liegt die Größe der Gefahr klar zutage, die aus volliger Beseitigung des Minderheitenschutzes erwachsen muß. Da in Osteuropa mehr als zwanzig Millionen Deutsche leben, für die der Schutz der Minderheiten trotz aller Fehlschläge als Grundsatz von größter Bedeutung ist, liegt das deutsche Interesse klar zutage. Wer aber dem bisherigen Minderheitenschutz wegen seiner Unzulänglichkeit keine Träne nachweinen will, lasse sich durch das Gewicht, das Minister Beck seinem Schritt beilegt, darüber belehren, daß etwas Bedeutsames geschehen ist und jetzt der Augenblick gekommen ist, durch aufbauende Kritik um schöpferische Behandlung des Minderheitenschutzes zu kämpfen. Es geht um Sein oder Nichtsein des Minderheitenschutzes und damit auch der Minderheiten!

Klarheit im Ehrenstreit Graeve.

Gegen den deutschen Abgeordneten Kurt Graeve-Bromberg sind von deutscher Seite ehrenrührige Verdächtigungen ausgesprochen worden, die ihn veranlaßten, ein Ehrengerichtsverfahren gegen sich selbst zu beantragen.

In diesem Verfahren hat das Ehrengericht in seiner Spruchverhandlung am 28. August 1934 nach gründlicher Voruntersuchung unter Mitwirkung der Herren:

1. Kurt von Maeder - Alt-Jahn, als Vorsitzender;
2. Franz Würth-Koloschken, als Mitglied des Ehrenrates;
3. Walter Post-Graudenz, als Mitglied des Ehrenrates;
4. Alexander Hannemann-Pozin, als Vertreter für das Ehrenratsmitglied Herrn Rechtsanwalt Erich Willer-Danzig;

5. Paul Mahnke-Rekan;

6. Erich Röhrling-Morrochin;

7. Hans Depischinski-Grabau;

sämtlich Mitglieder der deutschen Volksgemeinschaft in Polen, folgenden Spruch gefällt:

"Der Oberleutnant a. D. Kurt Graeve hat sich weder einer ehrenrührigen, noch einer das deutsche Volkstum in Polen schädigenden Handlung schuldig gemacht."

Er wird gemäß Paragraph 30, c der Ehrenordnung freigesprochen."

Vor diesem Spruch sind die Verleumdungen gegen Oberleutnant Graeve gebrandmarkt und erledigt. Der um das Deutschtum in Polen verdiente Mann hat mit diesem Spruch, der für den Gingeweihten eine Selbstverständlichkeit war, die Rehabilitierung erhalten, die ihm zu kommt.

Der Aufruhr in Spanien.

Katalanische Gegenregierung plötzlich zusammengebrochen.

Madrid, 8. Oktober.

Der Generalstreik in Spanien dauert noch an, so daß die Verbindungen der Hauptstadt mit den Provinzen noch immer nicht wieder hergestellt sind und auch die Zeitungen, mit Ausnahme der Rechtspresse, nicht erscheinen. Gegen die marxistischen Aufrührer wurden Militär- und Bombenflieger eingesetzt; nach den bisherigen Meldungen hat der Aufstand über 600 Todesopfer gefordert. Die verworrene Lage hat sich der katalanische Präsident Companys zunehmend gemacht und Katalonien zum unabhängigen Freistaat erklärt. Gleichzeitig gab er bekannt, daß in Barcelona eine neue katalanische Regierung gebildet worden ist, die die Regierung Llavora ersehen soll. Diese neue Regierung besteht aus Linksparteien. An ihrer Spitze stehen der ehemalige Ministerpräsident Azana und der Linkspartei-Mann Maura.

Auf die Kunde von der Bildung des unabhängigen katalanischen Freistaates hielt Ministerpräsident Llavora im Rundfunk eine Ansprache, in der er erklärte, daß Companys durch die Proklamation der Unabhängigkeit Kataloniens seine Befugnisse überschritten habe und die Regierung sich daher gezwungen sehe,

im ganzen Lande den Belagerungszustand

auszurufen. In den Vororten der spanischen Hauptstadt attacken ununterbrochen Maschinengewehre, Gewehrkugeln gefährden das Leben jedes einzelnen, der sich auf die Straße wagt. Mehrere städtische Straßenbahnwagen, die unter starkem militärischen Schutz als "Panzerwagen" einen Notverkehr durchzuführen versuchten, wurden von starken Kontingenten ausgezeichnet bewaffneter Rebellen angegriffen, zum Teil mit Bomben in die Luft gesprengt und beschossen.

In Madrid spielten sich in den Mittagsstunden größere Zusammenstöße ab. Hierbei wurden zwei unbeteiligte Knaben im Alter von 12 bis 14 Jahren durch abirrende Kugeln getroffen und auf der Stelle getötet. Dann kam es kurz vor 9 Uhr abends erneut zu einem besonders blutigen Straßenkampf. Die Rebellen griffen mit Gewehren, Maschinengewehren, Bomben und Handgranaten das an der Puerta del Sol gelegene Inneministerium an.

Die Straße ist mit Toten und Verwundeten überfüllt. Die Aufrührer wiederholen immer und immer wieder ihren Sturm auf das Gebäude, das durch Maschinengewehrposten und Minenwerferabteilungen gesichert war.

Die Rebellen kapitulieren.

Mit ganz erstaunlicher Schnelligkeit ist das katalanische Abenteuer zusammengebrochen. Am Sonntag kurz nach 6 Uhr morgens, noch bevor der Sturm auf das Regierungsbüro in Barcelona begann, ergab sich Companys, der Präsident der katalanischen Regionalregierung, bedingungslos. Companys wurde verhaftet und befindet sich jetzt im Gebäude der Kommandantur von Barcelona. Zusammen mit ihm wurden auch fast alle Minister der Regionalregierung festgenommen.

Kampf um Barcelona.

Als die katalanische Republik am Sonnabend um 20.15 Uhr proklamiert worden war, forderte die Regionalregierung den in Barcelona kommandierenden Divisionsgeneral Batet auf, sich der Bewegung anzuschließen. Der General ließ aber die Truppe auf die Straße marschieren und proklamierte den Kriegszustand.

Innenhalb weniger Stunden hatte sich die Lage so ganz anders entwickelt, als die Rebellen es gehofft hatten. Companys, davon höchst betroffen, richtete dringende Radio-Aufrufe an die katalanischen Patrioten, die Waffen zu ergreifen und für ihre Freiheit zu kämpfen. Insbesondere rief er auch die Landarbeiter auf, bewaffnet nach Barcelona zu marschieren.

Kriegsschiffe bereits unterwegs.

Der Madrider Rundfunk war die ganze Nacht zum Sonntag in Tätigkeit. Der Innenminister gab jede Stunde kurze Nachrichten bekannt, die natürlich auch in Barcelona abgehört werden konnten. Um 3 Uhr morgens teilte der Innenminister mit, daß Sonntag gegen Mittag die ersten Kriegsschiffe vor Barcelona eintreffen würden. Vielleicht hat gerade dies den Rebellen den Mut ganz genommen. Um 6 Uhr morgens erfolgte dann die Kapitulation.

Companys war als Nachfolger des verstorbenen Macias zum Präsidenten der katalanischen Regierung gewählt worden. In der Spanischen Nationalregierung war er der Führer der katalanischen Fraktion gewesen. Vor der Proklamation der Republik übte er seinen Rechtsanwaltsberuf aus mit der Spezialität der Verteidigung von Syndikalisten, Anarchisten und Verbrennern. Best geißeln die Madrider Rechtszeitungen sein Vorgehen als im höchsten Grade ehrlos und wortbrüchig und als Landesverrat ungeheuerlichsten Ausmaßes. Mit Sicherheit wird eine schwere Bestrafung über Companys verhängt werden.

Gustav Adolf-Zagung in Königsberg.

Die Reichstagung des Gustav-Adolf-Werkes ist für die auslandsdeutschen Gemeinden immer von größter Bedeutung, werden hier doch die Hilfsmahnahmen beraten, die der kirchlichen Not im Auslande steuern sollen. Mehrere hundert reichs- und auslandsdeutsche Pfarrer, die in Königsberger Familien gastlich aufgenommen wurden, predigten schon am Erntedankfestsonntag in allen evangelischen Kirchen Königsbergs und der weiteren Umgegend. Teilnehmer aus Österreich, Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, den baltischen Randstaaten, Russland, ja aus Südamerika waren auf der Tagung vertreten und fanden sich mit den reichsdeutschen Glaubensbrüdern in evangelischer Gemeinsamkeit zusammen. Erfreulicherweise waren im Sinne der Einladung, die der neue Vorsitzende, Professor Dr. Gerber erlassen hatte, die heute in Deutschland brennenden kirchenpolitischen Gegensätze nicht spürbar. Die "Deutschen Christen" und die Glieder der Bekennerskirche fanden sich in gemeinsamem Willen zur Hilfe an den evangelischen Brüdern der Diaspora.

Nach einer Frauenversammlung am Anfang, die von den mehr als 400 Gustav-Adolf-Frauenvereinen veranstaltet wurde, erstattete Generalsekretär D. Geissler in der Abgeordnetenversammlung seinen Jahresbericht. 1449 Gemeinden sind im abgeschlossenen Rechnungsjahr betreut worden, davon 143 in Polen, außerdem 725 Diasporagemeinden in Deutschland, 94 in Österreich, 106 in der Tschechoslowakei, 141 in baltischen Ländern und in Russland, 26 in Ungarn, 60 in Jugoslawien, 78 in Rumänien, 9 auf dem Balkan und dem Orient, 8 in Italien, 4 in Spanien und Portugal, 8 in Afrika und 47 in Südamerika. In Österreich hat sich durch die Massenübertrittsbewegung und durch die Unterdrückung des Protestantismus die Gesamtage stark verändert. Der Gustav-Adolf-Verein sieht sich vor die Aufgabe gestellt, für die wachsende kirchliche Arbeit geistliche, pädagogische und verwaltungstechnische Kräfte zu schulen. In Russland werden die wenigen Pfarrer, die noch im Kampfe stehen, nach wie vor betreut, ebenso wie andere, die nach den baltischen Staaten geflohen sind oder in Deutschland ein Asyl gefunden haben. Durch die amtsbrüderliche Nothilfe sind diesen russlanddeutschen Pfarrern im Laufe der letzten vier Jahre 1½ Millionen Rentenmark zugute gekommen. Durch den Rückgang der Sammlungen überhaupt hat auch die Sammeltätigkeit des Gustav-Adolf-Vereins schwer gelitten. Die Gesamtbeträge sind um fast ½ Million zurückgegangen, ebenso erschweren es die deutschen Devisenbestimmungen, den Brüdern im Auslande die benötigten Summen restlos zuzustellen.

Auf der Hauptversammlung war von Bedeutung die große programmatiche Rede, die der neue Vorsitzende Professor Dr. Gerber hielt. In warmen Worten dankte er seinem verdienten Vorgänger, Geheimrat D. D. Rendtorff, dessen Name in dem nach ihm benannten auslandsdeutschen Studentenheim des Gustav-Adolf-Vereins in Leipzig fortleben wird. In der Arbeit des Gustav-Adolf-Vereins, die künftig auf genossenschaftlicher Grundlage aufgebaut werden soll, handle es sich darum, die alte Arbeit unermüdlich fortzuführen und die Gesinnung christlicher Liebe gegenüber den Brüdern und Schwestern in der Diaspora immer von neuem praktisch zu befähigen. Der Leiter des kirchlichen Außenamtes, Bischof D. Heckel, der nach der Amtsniederlegung von Geheimrat D. D. Rendtorff den Gustav-Adolf-Verein einige Monate betreut hatte, erklärte nachdrücklich, daß die Auslandsarbeit der Kirche, wie sie in Deutschland getrieben werde, *keinen politischen*, sondern einen rein kirchlichen Charakter habe. Auch die deutsche Theologie müsse auf die Stimme der Diaspora hören. Hier sei der große Fragenkreis "Glaube und Weltstum" aus der Abstraktion herausgehoben und zur lebendigen Wirklichkeit geworden.

Bei der Verteilung der sogenannten großen Liebesgabe erhielt die Gemeinde Scheidt im Saargebiet die weitauß meisten Stimmen. Sie wird nun die Möglichkeit haben, mit den ihr zur Verfügung gestellten Mitteln das geplante Gustav-Adolf-Haus als Mittelpunkt ihres kirchlichen Lebens zu errichten. Die beiden anderen zur Wahl stehenden Gemeinden Danzig-Langfuhr und Wandorf im Pargenland wurden ebenfalls mit Gaben bedacht.

Die Liebesgaben, die die ostpreußische Gustav-Adolf-Gemeinde dem Gustav-Adolf-Werk darbrachte, wurden in einem feierlichen Gottesdienst überreicht, der in der Königsberger Schloßkirche, der alten preußischen Krönungskirche, stattfand. Der Reihe nach traten Vertreter einzelner Vereine, verschiedener Frauenorganisationen und der Gustav-Adolf-Kindergruppe an den Altar, um mit Segenswünschen ihre Geschenke zu übergeben. Der ostpreußische Hauptverein stellte den stattlichen Betrag von 30 000 Mark zur Verfügung. Die ostpreußische Frauenhilfe stiftete eine vollständige Altarausstattung und Kirchengeräte für eine ausländerdeutsche Kirchengemeinde. Der Königsberger Gustav-Adolf-Frauenverein schenkte eine Taufschale mit Bernsteinrand für die neue deutsche evangelische Kirche in Lissabon. Das Ergebnis der Kindergruppe, das aus vielen kleinen Pfennigbeträgen zusammengestragen wird, betrug diesmal 18 000 Mark und ist zum Bau eines Kinderheimes in Neuwörbas in Jugoslawien bestimmt. Die Kindergruppe des nächsten Jahres soll für die leidenden evangelischen Gläubigen in Russland gesammelt werden.

Neben den verschiedenen größeren Feiern und festlichen Andenken kam auch die Arbeit zu ihrem Recht. In kleineren Arbeitsgemeinschaften wurden brennende Fragen behandelt, wobei von Sachkennern einführende Referate gehalten wurden, an die sich lebendige Aussprachen anschlossen. So war z. B. von den Schwierigkeiten die Rede, die ein deutscher Pfarrer in völkisch gemischten Gemeinden zu überwinden hat. Andere Arbeitsgruppen beschäftigten sich mit der Lage in Polen, Russland, Österreich und den überseeischen Ländern. Den Abschluss der eindrucksvollen Tagung bildete eine große Volkskundgebung auf dem Schloßhof, in der noch einmal Professor Dr. Gerber und Bischof D. Heckel sprachen. Bischof D. Heckel wandte sich entschieden gegen alles binnendifferentiale Denken, das ebenso abgelehnt wurde, wie alles binnendeutsche Denken. Der ostpreußische Oberpräsident Erich Koch, der zugleich Vorsitzender des ostpreußischen Hauptvereins der Gustav-Adolf-Stiftung ist, rief der großen Versammlung zu, der Gustav-Adolf-Verein möge alle Mittel und Möglichkeiten benutzen, um an seinem Teile zum Frieden der Welt und zur Verständigung der Völker beizutragen. Er schloß mit den Worten: Tun wir unsere Pflicht als Deutsche und als Protestanten, wie sie Martin Luther und Gustav Adolf getan haben.

In den auf die Tagung folgenden Tagen verteili

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angefordert.

Bromberg, 8. Oktober.

Mild.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet tagsüber mildes Wetter, für die Nacht vereinzelter Leichte Bodenfröste, schwache, meist südwestliche Winde an.

Die Revision der sozialen Gesetze wird durchgeführt.

In einer gewissen Warschauer Presse ist in diesen Tagen eine Meldung erschienen, daß die maßgebenden Stellen auf Grund einer in der letzten Sitzung des Ministerrats geäußerten Meinung die Arbeit an der geplanten Reform der sozialen Versicherungen eingestellt hätten. Gleichzeitig habe man die weiteren Studien an diesem Problem aufgegeben. Im Zusammenhang damit wandte sich der Warschauer Korrespondent des "Ilustrowany Kurjer Codzienny" an die auf diesem Gebiet maßgebenden Stellen mit der Bitte um nähere Informationen über diese Frage. Dem Korrespondenten wurde erklärt, daß die erwähnte Meldung der Presse lediglich der Grundlage entbehrt und vollständig aus den Fingern gesogen ist.

Die maßgebenden Kreise betonen, der Ministerpräsident habe in seiner letzten Ansprache darauf hingewiesen, daß sich die Regierung über die Notwendigkeit einer gründlichen Revision des Versicherungsgesetzes klar sei, da die Kosten dieser Versicherungen mit einer ungehöheren Last die ganze Arbeitswelt in Polen belasten. Weiter hat der Ministerpräsident erklärt, die Regierung sei sich auch dessen bewußt, daß bei einem weiteren Bestehen dieses Zustandes die Unzufriedenheit in der Bevölkerung zunehmen wird. Darüber noch wachsen werde. Sowohl vom Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Gleichgewichts als auch vom Gesichtspunkt der Versicherungen selbst hält denn auch der Ministerpräsident die Reform der sozialen Versicherungen als eine Frage von erstklassiger Bedeutung, von deren Lösung er nicht absehen werde. In Verbindung damit weisen maßgebende Kreise darauf hin, daß im gegenwärtigen Augenblick die Erledigung der Frage der Entschuldungs-Verordnung dringender gewesen ist, die nicht allein für die Landwirtschaft, sondern auch für alle Zweige unseres Wirtschaftslebens eine ungewöhnliche Bedeutung hat.

Dies bedeutet aber durchaus nicht, daß die Reform der sozialen Versicherungen aufgegeben worden sei, man habe sie nur für kurze Zeit hinausgeschoben. Auf dem Gebiet der Reform der sozialen Versicherungen beständen drei Projekte, und es sei noch nicht bekannt, welches dieser Projekte angenommen werden wird. In dieser Frage werden schon in nächster Zeit Beratungen im Ministerium für soziale Fürsorge unter Teilnahme der anderen interessierten Ministerien stattfinden. Diese Projekte sollen gründlich studiert werden, worauf der Entwurf der Reform der sozialen Versicherungen vom Ministerrat beschlossen werden wird, der es dann den gesetzgebenden Körperschaften zuleiten soll.

Die Ernte ist eingefahren,
die Scheunen sind gefüllt.
Vergiß nicht die Hungernden,

Vergiß nicht die deutsche Nothilfe!

S Verlegung eines Wochenmarktes. Am 10. Oktober trifft in Bromberg die Gemahlin des Staatspräsidenten, Frau Mościcka, ein, um die Weihe einer Fahne einer hiesigen Frauenorganisation vorzunehmen. Wie uns die Stadtverwaltung mitteilt, ist aus diesem Grunde der Wochenmarkt, der am Mittwoch, dem 10. Oktober, stattfinden sollte, auf Dienstag, den 9. Oktober, verlegt worden. Es handelt sich um den Wochenmarkt, der auf dem Friedrichsplatz (Stary Rynek), Fischmarkt, Neuen Markt und Kornmarkt stattfindet.

S Unerträgliche Zustände herrschen seit längerer Zeit im Hause Schifferstraße (Fabia Wies) 8. Wir haben schon mehrfach berichtet, daß dort Mieter über den Hausbesitzer und dessen Familie hergefallen sind. Auch gestern drang der 37jährige Mieter Włodzimierz Strózek mit zwei anderen Männern in die Wohnung des Hausbesitzers Neubert ein. Am Montag sollte eine Ermittlungsklage gegen Strózek vor dem Gericht zur Verhandlung kommen. Der Mieter stellte die Frau des Hauswirts, Helene Neubert, zur Rede und griff sie schrecklich an. Auch die anwesende Wirtshafterin Marie Herzog wurde angegriffen. Die Männer gingen derart brutal vor, daß Frau Neubert ein Arm gebrochen wurde und Fräulein Herzog schwere Gesichtsverletzungen erlitten hat. Erst die herbeigerufene Polizei machte dem wilden Treiben ein Ende. Der Rettungswagen schaffte die Verletzten in das Städtische Krankenhaus, wo sie verbunden wurden; Frau Neubert wurde dem Diakonissenhaus überwiesen.

S Ein Dokumentenfälscher hatte sich in der Person des 23-jährigen Anton Skumowski aus Lobsens, Kreis Wirsitz, vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Der Angeklagte, von Beruf Bäcker, hatte sein Gefallenbuch in der Weise gefälscht, daß er verschiedene Daten über seine Arbeitszeit, die er öfters unterbrochen hatte, zu seinen Gunsten fälschte. S., der sich vor Gericht weinend zur Schuld befehlt, wurde zu 8 Monaten Gefängnis mit 3 jährigem Strafausschluß verurteilt.

S Mit billigen Christbäumen versorgt hatten sich kurz vor den Weihnachtsfeiertagen im vergangenen Jahre die Arbeiter Tadeusz Majewski, Anton Biemski und Oskar Huze, alle drei hier wohnhaft. Die drei waren mit einem Fuhrwerk nach Ostromecko gefahren und hatten dort nicht weniger als 170 Tannen gefällt, mit der Absicht diese hier zu verkaufen. Auf der Thornerstraße begegnete ihnen der Oberpolizist Jan Pilarski, der den Wagen anhielt und sich nach der Herkunft der Christbäume erkundigte. Huze wies dem Polizisten eine von der Försterei Ostromecko ausgestellte und von dem Förster Stein unterschriebene Bescheinigung vor, aus der hervorging, daß die Tannenbäume rechtmäßig gekauft waren. An der Echtheit der Bescheinigung kamen dem Beamten trotzdem Bedenken, weshalb er das Fuhrwerk vor-

läufig auf den Hof des Kommissariats fahren ließ. Bei einer näheren Prüfung der Bescheinigung stellte es sich heraus, daß diese gefälscht war. Die weitere Untersuchung ergab, daß Huze die Fälschung vorgenommen hatte und die Christbäume gestohlen waren. Alle drei hatten sich jetzt vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Sie bekennen sich zur Schuld und führen zu ihrer Befreiung an, daß sie arbeitslos sind und sich auf diese Weise einige Zloty verdienen wollten. Das Gericht verurteilte alle drei Angeklagten zu je 2000 Zloty Geldstrafe, die im Nichtentziehungsfalle zu je 40 Tagen Arrest umgewandelt werden. Huze, der bereits 4 Mal vorbestraft ist, wurde außerdem wegen Dokumentenfälschung zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Dreijähriges Kind im Getriebe eines Nothwerks.

ss Wągrowiec, 7. Oktober. In Damasławek ereignete sich ein folgenschwerer Unfall, dem die dreijährige Landwirtstochter Lucia Rogalińska zum Opfer fiel. Als das Kind saß, daß sein Vater mit dem Reckstroh zu Häcksel schnitt, setzte es sich auf das Reckrad des Nothwerks und trieb die Pferde an. Plötzlich verlor die Kleine das Gleichgewicht, stürzte von seinem Sitz herunter und blieb mit den Füßen im Triebbad des Nothwerks hängen. Die Folgen waren schrecklich. Beide Beinchen wurden ihr bis zu den Knien förmlich zermalmt. Auf das entsetzliche Geschrei des Kindes eilte der Vater herbei, zog es aus dem Getriebe und beförderte es in das hiesige Kreiskrankenhaus, wo ihm beide Unterschenkel amputiert wurden. An dem Ankommen des Kindes wird gesieztelt.

k Czarnikau (Czarnków), 6. Oktober. In der hiesigen Molkerei sind Diebe des Nachts eingebrochen und haben drei Treibriemen gestohlen. Der Schaden beträgt einige hundert Zloty.

Am Sonnabend verunglückte der hiesige Ackerbürger Denisch beim Riesgraben. Eine stark unterhöhlte Lehmmauer brach plötzlich zusammen und begrub ihn gänzlich. Der ihm helfenden, schon 75 Jahre alten Frau Schmidt wurden die Unterschenkel verschüttet. Der alten Frau gelang es, sich selbst zu befreien und Denisch auszutragen. Er hatte aber schwere innere Verletzungen erlitten, daß er an den Folgen nach einigen Stunden starb.

R Filehne (Wielen), 6. Oktober. Auf dem letzten Kram-, Vieh- und Pferdemarkt herrschte reger Auftrieb, aber der Handel ging nur sehr schleppend vor sich. Während junge hochtragende Kühe noch 150 bis 200 Zloty brachten, konnte man ältere Tiere schon mit 60 bis 100 Zloty ersteilen. Auf dem Pferdemarkt ging der Handel wegen der noch anhaltenden Herbstbestellung etwas flotter, doch waren auch hier die Preise gedrückt. Man konnte für 100 bis 150 Zloty gute Arbeitspferde kaufen, bessere jüngere Tiere brachten 250 bis 300 Zloty. Auf dem Krammarkt war der Betrieb lebhaft.

z Nowroclaw, 6. Oktober. Entwendet wurden der hiesigen Einwohnerin Wanda Kołomicz zwei Küthen von der Fronttür, der Einwohnerin Rozalia Gudzińska vom Brenholz, dem Villenbesitzer Leon Broch silberne Löffel, Gabeln und Messer mit Monogramm G. L. sowie eingebackte Früchte und dem Einwohner Tadeusz Pietrzynowski 200 Zloty Bargeld.

Im Hause ul. Toruńska 1 hier selbst wurde ein sechs Monate altes Kind männlichen Geschlechts aufgefunden und dem Krankenhaus übergeben.

y Łabischin, 6. Oktober. Auf dem letzten Wochenmarkt zahlte man folgende Preise: Butter 0,90—1,10, Eier 1,20—1,40, Kartoffeln 1,50—2,00, Äpfel 0,20—0,30, Hühner 1,20—2,50, Tauben 0,30—0,50, Enten 3,00. Berkels das Paar von 8 Zloty an.

S Posen, 6. Oktober. Der kommissarische Stadtpräsident Oberst Więckowski hat an die ihm unterstellt Beamten- und Arbeiterschaft eine Verordnung erlassen, deren sinngemäße und gewissehafte Beachtung zweifellos von der Bürgerschaft mit Genugtuung begrüßt werden dürfte. Es heißt darin u. a.: Die Selbstverwaltung ist für die Bürger da, nicht umgekehrt. Deshalb verlangt ich auch, daß die Behandlung der Interessenten sachlich und höflich sei. Die Selbstverwaltung ist dazu berufen, wirtschaftliche und soziale Ziele mit völliger Ausschaltung politischer Motive zu verwirklichen. Ein Angestellter der Selbstverwaltung muß sich im Dienst jeglichen Aufstreitens enthalten, das seine politische Überzeugung oder Parteizugehörigkeit hervorkehrt. Auch soll er objektiv seine Pflichten erfüllen." Von den Angestellten fordert der kommissarische Oberbürgermeister vor allem materielle Ehrlichkeit, Dienstleistung und Pünktlichkeit.

Innenhalb fünf Monaten zum zweiten Male an derselben Stelle überfallen wurde Freitag abend der Konfitturenkaufmann Johann Stoschek in der fr. Colombestraße, als er sich nach Geschäftsschlus mit seiner Aktentasche auf dem Wege nach seiner Wohnung Colombestraße 21a befand. Der freche Räuber versuchte ihm die Aktentasche, in der er offenbar die Tageslösung vermutete, zu entreißen. Es kam zwischen beiden zu einem heftigen Ringen, bei dem Stoschek auslitt und eine Knieverletzung erlitt. Auf die Hilferufe Stoscheks und seiner Frau flüchtete der Räuber, ohne irgendwelche Beute gemacht zu haben, auf den an der Straße gelegenen Friedhof und entkam.

S Samotschin, 6. Oktober. Der Eigentümer Max Schmaahn fand auf seinem Acker einen kleinen Ballon, welcher in Flammen aufging. In dem Ballon war ein Zettel befestigt, auf welchem in flämischer, deutscher, französischer und englischer Sprache die Bitte ausgesprochen wurde, dem Absender von dem Verbleib des Ballons Nachricht zu geben.

Dem Mühlensitzer Dr. Rathenau in Hammermühle wurden größere Mengen Kartoffeln vom Felde gestohlen.

b Znin, 6. Oktober. Der letzte Kram-, Vieh- und Pferdemarkt war nur sehr schwach besucht. Auf dem Krammarkt machten die aufgestellten Stände einige Geschäfte. Auf dem Viehmarkt sah man nur ältere Kühe zu 80—100 Zloty. Milchkühe wurden gehandelt im Preise von 110—140 Zloty. Pferde waren so gut wie gar nicht vorhanden. Das billigste Arbeitspferd brachte 40 Zloty, bessere ältere Tiere kosteten 120—180 Zloty.

Chef-Nedakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Nedakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: A. Marian Heuke; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heuke; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygadski; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage "Der Hausfreund"

Am 6. Oktober, um 3 Uhr, früh entschlief sanft nach kurzem Leiden mein lieber Mann, unter guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Onkel und Schwager, der Kaufmann Johann Leib

im 79. Lebensjahr. 3369
Dies zeigen tief betrübt an die trauernden Hinterbliebenen.

Bydgoszcz, den 8. Oktober 1934.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 10. Oktober 1934, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Prinzenhaller Friedhofes aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie für die zahlreichen Kranspenden beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen

Leokadia Bordanowicz
sagen wir allen Verwandten u. Bekannten
herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Bydgoszcz, den 8. Oktober 1934. 3368

Privatklinik Dr. Król
Bydgoszcz, Plac Wolności 11 :: Telefon 1910
a) Innere und Nerven-Abteilung
b) Chirurgisch-gynäkologische und Geburts-
hilfliche Abteilung
Röntgen-Institut, Elektrotherapie (Dia-
thermie — Höhensonne — Sollux usw.)
Medizinische Bäder etc. 6802

Hindenburg-Polytechnikum
Landeshauptstadt
Oldenburg i. O.

Ingenieur-Ausbildung
für alle Zweige der Technik.
Drucksachen kostenlos. 5592

Ingenieurschule Lüneburg
Fliegerlager Lehrfabrik f. Praktikanten

Ihr Optiker
war, ist und bleibt

Augenoptiker Senger

Danzig, Hundegasse 16

gegenüber der Post. 6491
Kostenlose Augenuntersuchung.

Lotterielose K. Rzanny
empfiehlt
Kollektur und Zigarren gesch.

BYDGOSZCZ, ul. Gdańsk 25.
Deutschsprechende Bedien. Größere Gewinne,
wie 20000.— zt. zeugen am besten von der
glücklichen Hand des Kollektors. 6702

Graue Haare? gibt es nicht
Haarausfall Schuppen
gebrauchen Sie

Balsam-Mag Nr. I beseitigt Schuppen
und verhindert Haarausfall

Balsam-Mag Nr. II gibt ergrautem Haar die ursprüngliche Farbe wieder. 6799

Preis 3.— zt. Ueberall zu haben!

Bon der Konkursmasse:
"Danton - Waage", Schreibmaschinen "AEG", "Urania", "Rosa" u. "Remington", "Nähmaschinen", "Singer" und "Staff", Staubsauger, Trottierapparat u. v. and. Sach. verkaufst außerordentlich billig
Auktionshaus Gdańsk 42, Tel. 1554. 6933

Kontobücher

Hauptbücher
Kontokorrentbücher

Kassabücher
Kladden

Amerikanische Journale mit 8, 10, 12 und 16 Konten

Loseblatt-Kontobücher Registerbücher

Stark herabgesetzte Preise!
Extra-Anfertigung von Kontobüchern jeder Art schnell, sauber und preiswert

A. Dittmann T. z. o. p.
Telefon 61. Bydgoszcz, Marszałka-Focha 6.

Neuzeitliche Handelskurse
Unterricht in Buchführ., Stenographie, Maschinen schreiben, Privat- u. Einzelunterricht. Eintritt täglich! Anmeldung erbeten!

G. Bureau,
Bücherverkäufer,
Bydgoszcz, 6412
Marszałka-Focha 10, W. 8

Polnisch, Französisch
erteilt billig 3265
Chwytowa 11, Wg. 12.

Franz. Unterricht erteilt
Kolłątaja 3, m. 4. 3339

Das Altbewahrt und das Wertvolle der neuen Zeit lernen Sie durch meinen 1558

Privatunterricht in Buchführung (alle Systeme), Kaufm. Rechnen, Kontorpraxis, Gesetzeskunde und allen and. Handelswissenschaften. Georg Gibich, Bydgoszcz Helmansta 20.

Handarbeits-Unterricht prakt. u. kunstgewerb. in allen Techniken wird erteilt. Unfragen in der Geschäftsst. d. Zeitg. 6598

W o ? woht der billigste Uhrmacher 6800 und Goldarbeiter. Pomorska 35.

Eriod. Buchsatz. Radio-Anlagen billig

Offeriere zur Herbstplanzung in bester Qualität, zu sehr billigen Preisen: alle Art Obstbäume, din. Sträucher u. Alleeäume, Rosen, vereid. Glieder, Thuja, Taxen, Edelweiss in 6 frühen Sorten usw.

Alb. May, Gartenbau bet. Inowrocław, Prez. Narutowicza 26, Telef. 326. 6890

Weidenförde aller Größen für Obst, Kohlen, Kartoffeln u. Industrie, erteilt. Fa. Gracia Fizermann, Chełmno. 5770

Heirat Landwirt, ev. 24 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Bevölk. genehmigte Vermittlung für alle Stände, Distret, streng gew. Postep. 43. 5235

Landwirt einer 100 Mg. Wirtschaft, wün. Damenbekanntschaft, zw. späterer Heirat. Verm. 6 bis 8000 zt. zw. Strengste Verhüllung, zugel. Zuschr. u. A. 3362 an die Gesch. d. Ztg. erbet.

Landwirtst. 21 J. alt, engl. 15000 Zt. Vermög. u. 5000 Zt. Ausst. sucht Herrnbekanntschaft.

Heirat in eine größere Landwirtschaft. Zucriften mit Bild, das nicht zurückgesetzt wird, unter D. 6838 a.d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Siedlungsgebiete 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat Landwirt, ev. 24 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat in eine größere Landwirtschaft. Zucriften mit Bild, das nicht zurückgesetzt wird, unter D. 6838 a.d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit 75 Mg. Wirtschaft, sucht die Bekanntmachung einer Jg. Dame zwed. Heirat. Off. u. B. 3304 an die Gesch. d. Ztg.

Heirat 32 J. alt, mit

Bromberg, Dienstag, den 9. Oktober 1934.

Pommerellen.

8. Oktober.

Das evangelische Kirchenvolk sammelt sich in Thorn

Auch in diesem Jahre sind die Tage vom 31. Oktober bis 2. November als Zeitpunkt für die Kirchliche Woche gewählt worden. Sie soll bekanntlich in Thorn stattfinden, das die größte kirchliche Tagung schon mehrfach gastlich aufgenommen hat. „Der Christ vor den Fragen unserer Zeit“, heißt das Gesamtthema, das an allen drei größeren Veranstaltungen, dem Männer-, Frauen- und Jugendtag behandelt wird. Am Männertag soll die Frage nach der Führungskraft in der Gemeinde Christi erörtert werden. Die beiden Vorträge halten Superintendent Reimann und Superintendent Schulze. Die Frauenversammlung am Nachmittag beschäftigt sich mit der Frage nach dem Alten Testamente. Konsistorialrat D. Hildt und Pfarrer Brummaß haben die beiden Vorträge „Christus im Alten Testamente“ und „Die Geschichten des Alten Testaments in Haus und Schule“ übernommen. Am Jugendtag heißt das Thema: „Die Bibel in unserem Volke“. Pfarrer Kueßner und Superintendent Schröder werden zu der Jugend sprechen über „Evangelium und Volksart“ und über „Deutsches Christentum“. Die Tagung beginnt mit einem Reformationsgottesdienst, in dem Generalsuperintendent D. Blau, der Leiter der Kirchlichen Woche, die Festpredigt hält und schließt ab mit einem Jugendgottesdienst, in dem Pastor Smend predigt. An den Abenden der beiden Haupttage sind wie gewöhnlich Volksmissionsvorträge vorgesehen, die von Pfarrer Kueßner und Pfarrer Stefan gehalten werden.

Die Tage beginnen in der traditionellen Form mit einer Morgenfeier und ermöglichen Führungen durch die Stadt und die Bauwerke Thorns. Die Gemeinde Thorn hat ihre Gastfreundschaft wieder herzlich angeboten. Die Anmeldungen müssen auf vorgedruckten Karten, die am besten bei den evangelischen Pfarrämtern zu haben sind, spätestens bis zum 25. d. M. erfolgen. Für billige Verpflegung wird ebenfalls Sorge getragen. Auch die Fahrpreisermäßigung ist wieder beantragt.

So ist es jedem möglich gemacht, an der Kirchlichen Woche teilzunehmen. Alle, die ihre Kirche lieb haben und die wissen, wieviel Kraft im Zusammenschluß liegt, werden viel Gewinn davon haben.

+ Das Urteil in dem Strafsprozeß gegen den früheren Gefängniswärter Pietkiewicz, das Sonnabend mittag verkündet wurde, lautete auf Freispruch. Der Sachverständige Dr. Kazmarek hatte ausgesagt, daß P. zwar durch Darreichung eines Schlafmittels an den Gefangenen nicht gegen seine Pflichten in bezug auf die Benachrichtigung des Arztes verstößen habe, daß er aber für die Folgen solchen Tuns die volle Verantwortung trage. Die Bekundungen der anderen Sachverständigen lauteten in gleichem Sinne. Das Gericht hat eine Schuld des Angeklagten nicht für festgestellt erachtet.

Bei dem großen Eisenbahnglück bei Krakau ist auch eine weibliche Person aus der Nachbarschaft von Graudenz ums Leben gekommen, nämlich die 31-jährige Lehrerin Agata Pilat aus Montau (Matawy), Kr. Schwed. Sie hatte einen sechsmonatigen Erholungsurlaub bekommen, den sie in Zapopan verbringen wollte. Bei Krzeszowice erlitt sie nun ein tragisches Ende.

× **Unliebsames Erwachen.** Einen gesunden Schlaf haben muß ein hiesiger Einwohner namens Bernard Brandt. Wie er selbst der Polizei berichtete, hatte er sich neulich abends in nicht ganz müchnem Zustand auf dem Hofe des Hauses Culmerstr. (Chelmiańska) 56 niedergelegt und war eingenickt. Als er dann später erwachte, mußte er die betrübliche Wahrnehmung machen, daß ihm ein nichtswürdiger Zeitgenosse Jackett und Schuhe abgezogen hatte und damit von dannen gegangen war.

+ Der Sonnabend-Wochenmarkt zeichnete sich durch besondere Zufuhr an Obst aus, das in den verschiedensten Güten und Preislagen zu haben war. Der Verkehr war auch recht rege, doch ließ der Absatz etwas zu wünschen übrig. Butter kostete wie bisher 1,10—1,20, Eier 1,30—1,50, Weißkäse 0,10—0,40, Birnen 0,20—0,40, Äpfel der Bentner 7—20,00, das Pfund 0,10—0,35, Plaumen 0,70, Walnüsse 0,80—1,00, Weintrauben 0,50, ausländische 0,90—1,10, Tomaten 0,10—0,20, Salat drei Köpchen 0,10, Radieschen 0,05, Weißkohl 0,03—0,04, Rotkohl 0,08—0,10, Rosenkohl 0,20—0,30, Blumenkohl 0,10—0,20, Mohrrüben 0,08—0,10, Rote Rüben 0,05, Wruken 0,10, Zwiebeln 0,10, Grünzeug Bdh. 0,05—0,10, Kartoffeln Str. 2—3,00; Gänse 3—5,00, Enten 2,50—2,80, Puten 3,50—5,00, Hühner 2—3,00, Hähnchen 1—1,80, Tauben Paar 0,80—0,90, Wildenten 1,50—2,00; Seale 0,80—1,20, Hühnchen 0,70—0,90, Schleie 0,60—0,80, Barsche 0,50—0,60, Blöße 0,25—0,50, Krebse MdL 0,50 und 1,00, Blumensträuschen 0,10—0,50, Chrysanthemen der Topf 0,50—0,80.

Thorn (Toruń)

Aus dem Stadtparlament.

Freitag abend fand eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung statt, die ausschließlich den Interpellationen in Sachen der Regulierung der Leibnitzerstraße (ul. Lubicka) im Zusammenhang mit dem Bau der Straßenbahlinie nach der Jakobsvorstadt sowie der unentgeltlichen Beteiligung städtischer Terrains für Privatbauten gewidmet war. Nach Bekanntgabe des Inhalts der beiden Anträge verlas der Sekretär eine Erklärung der Stadtverwaltung, in der diese zu den in der Leibnitzerstraße vorgenommenen Arbeiten Stellung nimmt und einen genauen Überblick über die Gesamtkosten, und zwar unter Berücksichtigung der durch die gleichzeitige Tieferlegung dieser Straße entstehenden Mehrkosten, gibt.

In der Erklärung der Stadtverwaltung wird zunächst auf diejenigen Arbeiten hingewiesen, die im Zusammenhang mit der inzwischen bereits in Angriff genommenen Tieferlegung des Niveaus der Leibnitzerstraße ausgeführt werden müssen. Die Senkung dieser Straße zieht zwangsläufig entsprechende Ausgleichsarbeiten an den Ausgängen der ul. Studzienna, Golebia, Pulaskiego und Targowa nach sich. Die Gesamtkosten dieser Arbeiten, wie auch der Tieferlegung des Starkstromfabels sowie der Wasserleitungs- und Gasröhren übersteigen laut der durch die Stadtverwaltung aufgestellten Kalkulation, nicht die Summe von 22 335 Złoty. Zu dieser Summe kommt der Betrag für die Kosten der Anlage des Fahrdamms, welcher ca. 17 000 Złoty ausmachen wird, hinzu. Die Kosten für die Regulierung und Pflasterung der Leibnitzerstraße und der oben genannten Nebenstraßen werden sich auf etwa 40 000 Złoty belaufen.

In der sich anschließenden Diskussion erklärte Stadtschab, daß die Interpellanten die Erklärungen der Stadtverwaltung bezüglich des Kostenanschlags für den gesamten Umbau der Leibnitzerstraße zur Kenntnis nehmen und um die Aufnahme dieser Erklärung in das Protokoll als für die Stadtverwaltung verpflichtend bitten. Ferner führte Stadtschab aus, daß die Stadtverwaltung schon des öfteren bei den durch sie in eigener Regie ausgeführten Arbeiten die Kostenanschläge um erhebliche Summen überschritten. Die Interpellanten wünschen diesmal die Stadt vor weiteren Überraschungen zu schützen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die gleichfalls in der letzten Versammlung eingereichte Interpellation in Sachen der Beteiligung unentgeltlicher Bauparzellen. In einem erschöpfenden Referat erläuterte die Stadtverwaltung, daß Bauparzellen an der ul. Sw. Józefa, Reja, Mickiewicza und Grudziądzka vergeben worden sind. An den genannten Straßen wurde in den letzten Jahren auch eine Reihe Häuser erbaut und sind auf diese Weise 306 neue Wohnungen entstanden. Bei der augenblicklichen Lage hält die Stadtverwaltung die weitere unentgeltliche Abgabe von Baugelände für angezeigt. In Thorn fehlen jetzt schon ca. 1000 Wohnungen, wobei bemerkt werden muß, daß in absehbarer Zeit die Staatliche Landeswirtschaftsbank und weitere Abteilungen der Eisenbahndirektion nach hier verlegt werden, was einen beträchtlichen Bevölkerungszuwachs mit sich bringt. — Stadtpräsident Bolt wies erneut darauf hin, daß gegenwärtig die Abgabe kostenloser Parzellen für die Belebung der Bautätigkeit von Wichtigkeit ist. Die Stadt Thorn befindet sich in ständiger Entwicklung und muß durch die Zentralisierung verschiedener Ämter und Institutionen mit einem außergewöhnlichen Bevölkerungszuwachs gerechnet werden. Erst in der Zukunft, was in einem oder zwei Jahren der Fall sein kann, wenn die Bevölkerungszunahme wieder normal ist, wird es möglich sein, von den Parzellen Ansiedlerbeiträge zu erheben und neue Parzellen den Ansiedlern gegen Bezahlung abzugeben.

Angesichts der durch den Stadtpräsidenten abgegebenen befriedigenden Erklärungen beantragte die Fraktion des BB, die Ausführungen der Stadtverwaltung zur Kenntnis zu nehmen. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Hierauf wurde die Sitzung um 20.25 Uhr geschlossen. **

≠ **Bon der Weichsel.** Sonnabend früh betrug der Wasserstand 0,69 Meter über Normal und die Wassertemperatur beinahe 13 Grad Celsius. — Im Weichselthal trafen ein die Schlepper „Posejdon“ mit zwei leeren Kähnen aus Warschau und „Warszawa“ mit einem leeren und drei beladenen Kähnen aus Danzig. Es starteten die Schlepper „Kordecki“ und „Zamojski“ mit je drei Kähnen mit Stückgütern nach Warschau sowie „Gdańsk“ mit einem Kahn mit Getreide nach Danzig. Auf der Fahrt von Warschau nach Danzig passierten die Personen- und Güterdampfer „Fredro“ bzw. „Mars“, auf der Fahrt von Danzig zur Hauptstadt „Mickiewicz“.

≠ Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend kurz vor 1 Uhr nachts auf dem Bahnhof Thorn-Mocker. Beim Überstreiten der Gleise wurde hier der in der Gościerstraße (ul. Wybickiego) 89/91 wohnhafte, 26 Jahre alte Eisenbahner Stefan Majchrak von dem durchfahrenden Kohlen-Güterzuge Nr. 5893 überfahren. Die Räder trennten dem Unglücklichen das rechte Bein vom Körper ab und zermaulten ihm die rechte Hand. Durch die alarmierte Rettungsbereitschaft wurde M. sofort in das Städtische Krankenhaus geschafft, wo er gegen 3½ Uhr morgens durch den Tod von seinen Leiden erlöst wurde. Zur Klärung der Schuldfrage ist eine Untersuchung eingeleitet.

* Eine Haushaltung nahm die Kriminal- und uniformierte Polizei Freitag nachmittag in der „Drukarnia Toruńska“, der Herausgeberin des „Slowo Pomorskie“, vor. Hierbei wurden an hundred Geschäftsbücher beschlagnahmt. Die Revision erfolgte im Auftrage des Vizeprokura des Bezirksgerichts.

≠ Wegen Körperverletzung und wegen Betruges wurden je eine, wegen Herumtreibens auf militär-politischem Gelände zwei Personen verhaftet und in Polizeihaft genommen. — Zur Anzeige bei der Polizei kamen drei kleine Diebstähle, ein Betrug, vier Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften, zwei Zu widerhandlungen gegen handelsadministrative Bestimmungen und eine Schlägerei.

ef Brielen (Wąbrzeźno), 7. Oktober. Unbekannte Täter gelang es, in die Wohnung des P. Mianowicz in der Dolna einzudringen. Der Besuch „rentierte“ sich glänzend, da den Tätern ca. 300 Złoty in die Hände fielen, mit denen sie das Weite suchten.

tz Czerst, 6. Oktober. Am Donnerstag nachmittag fand eine Stadtverordnetenversammlung im Rathause statt. Zunächst wurden die neuen Stadtverordneten Konitzer, Paczyński und Stoyowski eingesetzt. Darauf sandten die Budgetberatungen für 1934/35 statt. An Ausgaben sind 88 630 Złoty vorgesehen, denen an Einnahmen 55 380 Złoty gegenüberstehen. Nach der Verlesung des Protokolls des Inspektors Kaliszak aus Konitz, der einige Verwaltungssachen bemängelte, kam es zu einer längeren Debatte über die Entlassung des Schuldners Andres. Dieser hatte 25 Jahre seines Amtes gewaltet und wurde an seinem Jubiläumstage grundlos entlassen. Nach längerer Aussprache wurde diese Magistratsverfügung in geheimer Wahl mit 9 zu 7 Stimmen genehmigt.

In Anwesenheit des Konitzer Starosten wurden die neuen Magistratsmitglieder der Stadt Czerst und zwar der Bürgermeister Ossowski und die Stadträte Czarowski, Narloch und Ostrowski feierlich in ihr Amt eingeführt.

tz Konitz (Chojnice), 6. Oktober. Franciszka Maciejewska aus Nieszawa hatte mit ihrem Kinde die deutsche Grenze überschritten ohne die erforderlichen Papiere. Sie wurde von den Grenzbeamten gefasst und nach Polen gebracht. Da sie keine Dokumente besaß, wollten die Grenzbeamten sie nicht hereinlassen. Der deutsche Beamte schickte sie darauf an einer anderen Stelle über die Grenze. Sie wurde von der polnischen Polizei festgenommen, die sie der Fürsorge übertrug.

Der heutige Wochenmarkt war mittelmäßig besucht. Butter kostete 0,90—1,25, Eier 1,40—1,50.

Graudenz.

Bücher

werden eingebunden

Aviatowa 3. 6779

zur Hasenjagd empf.

zu äuß. billig. Preisen

erstklassige

Jagdpatronen.

Dorfstr. 3go maja 30. 6880

Jagdauto, 2½, To. zu

ab. D. Fisch. Karw.

owicza 23, Tel. 781. 3355

Deutscher Büchereiverein Graudenz

Donnerstag, den 11. Oktober, 8 Uhr abends

in der Goetheschule

Vortrag Studienassessor Hackbarth:

„Politische Verfallserscheinungen

und ihre Bekämpfung.“ 6881

in sehr gutem Zustande preiswert zu verkaufen

6923. M. Karau, Marsz. Jochta 22.

Thorn.

sämtliche

Malerarbeiten

auch außerh. Toruńs.

fährt erstklassig und

prompt aus

Franz Schiller,

Malermeister, Thorn,

Wielki Garbarz 12.

Suche zu kaufen:

ca. 500 Stück eichen-

holz

Baumständer

2 m lg. mind. 12 cm Ø.

S. Müller, Zimmer-

meister, Mała Starówka,

pct. Podziewo, p. Thorn.

Pl. sw. Katarzyny 6, W.3.

Neueste Modelle

zu niedrigsten Preisen.

Umarbeitungen

von Filz, Velour- und

Samthüten, von 2 zl. an,

empfiehlt

6783

Anna Obarska, Thorn,

Szeroka 32,

im Hause Templin.

4-Zim.-Wohn. m. Bad

zum 1. November zu

vermieten.

Pl. sw. Katarzyny 6, W.3.

Einberufung der Haushaltssession.

Sejm und Senat treten Ende Oktober zusammen.

Warschau, 8. Oktober.

Die Haushaltssession des Sejm und des Senats wird in dem in der Verfassung vorgesehenen Termine, d. h. in der Zeit bis zum 31. Oktober einberufen werden. In den letzten Tagen dieses Monats wird eine Verordnung des Präsidiums der Republik erscheinen, durch welche die Session eröffnet wird.

Die erste Sitzung des Sejm findet am Dienstag, dem 6. November statt. Bei dieser Gelegenheit wird die Regierung den Staatshaushalt voranstellen für die Zeit vom 1. April 1935 bis zum 31. März 1936 vorlegen. Hierauf wird, wie dies die Praxis der letzten Jahre bewiesen hat, die Session auf einen Monat vertagt werden, so daß die normalen Beratungen des Sejm erst Anfang Dezember beginnen.

Von den anderen Fragen, die die maßgebenden Stellen als dringend erachten, wären die Arbeiten an der Vorbereitung der Gesetzentwürfe über die Entschuldung der Landwirtschaft sowie die Reform der sozialen Versicherungen zu nennen.

Aus dem Kapitel:

Budgetsorgen.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter)

Nach den Tagen, welche die Flut der nationalen Begeisterung durchrauschte, in welchen zumeist nur die Freude an Aufstieg und Wagnis, an Gelungenem und manchem Gelingen bloß verprechenden farbenprächtig zu Worte kam, ist man wieder in die grauen Gefilde des Alltags herabgestiegen und befindet sich nun in dem beträchtlich verstärkten Banne der Erdenschwere, von der die menschlichen Angelegenheiten, ach, im Grunde nie loskommen können.

Von der entsetzlichen Eisenbahnkatastrophe, die sich bei Krzeszowice ereignet und der erschütterten Allgemeinheit jäh zum Bewußtsein gebracht hat, wie unermüdlich das Unheil auf den Menschen lauert — von dieser Katastrophe, obwohl durch sie die allgemeine Aufmerksamkeit auf noch nicht ganz aufgehelle Mängel und Unzulänglichkeiten gelenkt worden ist, wollen wir hier jedoch absiehen, weil ihr immerhin der Charakter der relativen Seltenheit eignet, wir aber auf die grauen Sorgen hinweisen möchten, welche den Alltag leider noch immer beharrlich beherrschen und nur durch eine Reihe von fehllichen Tagen aus dem Blickfeld der öffentlichen Meinung verdrängt werden konnten. Im Vordergrunde der beharrlichen Sorgen stehen — für die Regierung ebenso sehr wie für die Allgemeinheit — wiederum vor allem die Probleme, die zum verwinkelten Kapitel der — Budgetschwierigkeiten gehören.

Da der Augenblick der Einberufung von Sejm und Senat zur Budgetsession unaufhaltsam herannahmt, wendet sich die polnische Publizistik, notgedrungen der Betrachtung der Staatshaushaltssituation zu und kann es nicht vermeiden, heikle Fragen zu berühren, wiewohl sie es aus bekannten Gründen nur mit äußerster Behutsamkeit und zumeist in der Haltung bescheidener, um Aufklärung bittender Unberatenheit tut.

Das neue Budget für das Jahr 1935/36, an dem in den Amtsstuben der Regierung noch gearbeitet wird und über dessen Gestalt nur vage Gerüchte im Umlauf sind, wird in den unabhängigen Kreisen allgemein mit sichtbaren Anzeichen von Angstlichkeit und Beunruhigung erwartet. Wie aus verschiedenen Stimmen zu erkennen ist, wird diese unselige Stimmung durch allerlei nüchterne Betrachtungen erzeugt, zu welchen die bisherigen Ergebnisse der Durchführung des diesjährigen Staatshaushaltspfanes Anlaß geben. Es wird

darauf hingewiesen, daß, wie die bisher veröffentlichten Zahlen erweisen, die das Budgetgebae für fünf Monate des jetzigen Wirtschaftsjahrs veranschaulichen, der Staatshaushalt im laufenden Wirtschaftsjahr auf der Ausgabenseite das planmäßige Niveau von circa 2200 Millionen Zloty einhalten werde. Das Studium der Einnahmeseite führt zum Ergebnis,

daß das Budget-Defizit bis Ende August sich auf 125 Millionen Zloty beläuft,

was ein durchschnittliches Monatsdefizit von 27 Millionen Zloty ergibt. Da die Reserve, die zur Deckung des Defizits des laufenden Staatshaushalts übrig bleibt, nur 175 Millionen Zloty beträgt, ist mit annähernder Sicherheit anzunehmen, daß die Nationalanleihe im Laufe des Oktobers aufgebraucht werden wird.

Dieser Situation trägt die Einführung der ewigen Staatsrente Rechnung. Der Finanzminister hat von der ihm erteilten Ermächtigung zur Emission dieser Rente vorsichtig bis zur Höhe von 30 Millionen Zloty Gebrauch gemacht und sich damit die finanzielle Deckung des nächsten Monats gesichert. Bis Ende März werden aus dieser Quelle etwa 150 Millionen Zloty herausgeholt werden. Da es nicht sicher sei, — meint man in den Kreisen der Finanzfachverständigen — ob die Inanspruchnahme der Fonds der sozialen Versicherungen für die Unterbringung in der staatlichen Rente hinreichen werde, müsse mit der Wahrscheinlichkeit, daß auch zu anderen Kreditquellen Zuflucht genommen wird, gerechnet werden. Wenn alles klappen werde, — schließt man weiter — so werden die Schwierigkeiten nicht mehr als für ein Halbjahr gebannt sein. Nach diesem Zeitraum wird das Problem, woher die Mittel zur Deckung der Staatshaushaltssdefizite zu holen seien, um so brennender sein.

Kein Wunder, daß die Erwägungen, welche die unabhängige Publizistik angesichts des stetigen Misserfolges zwischen den Staatsausgaben, die stationär bleiben und den Einnahmen, welche zurückgehen, zumeist in die Feststellung ausmünden,

daß es auf die Daner nicht möglich sein werde, den Staatshaushalt auf seiner bisherigen Höhe zu halten.

Laut verschiedenen Nachrichten, die in den letzten Tagen aus den Regierungskreisen in die Öffentlichkeit gelangt sind, werden die Arbeiten der Regierung am neuen Haushaltspfane von der Tendenz beherrscht, weitgehende Einsparungen in den verschiedenen Ressorten durchzuführen und die Gesamtsumme des Staatshaushaltes beträchtlich zu vermindern. Gerüchte besagen sogar, daß die diesbezüglichen, vom Ministerpräsidenten Kołomski den Ressortleitern gegenüber geteilten Grenzziehungen allerlei Konfliktestoffe innerhalb der Regierung angehäuft hätten und daß im Verlaufe der Austragung der Differenzen einige Minister mit der Niederlegung des Portefeuilles gedroht hätten, was möglicherweise zu den jüngsten Tuschleien von einer bevorstehenden Regierungskrise Anlaß gegeben habe...

Wie beinahe schon festzustellen scheint, werden sich die Einsparungen, welche die Regierung ins Auge faßt, diesmal in umfassendem Maße auf das Gebiet der Sachausgaben erstrecken, was zwangsläufig zur Folge haben kann, daß die Wirksamkeit der Regierung in manchen Richtungen eine bedeutende Einschränkung erfahren werde oder gar manche Aktionen völlig eingestellt werden.

Die oppositionellen Kreise möchten aus einigen Anzeichen schließen, daß irgendeine ungewöhnliche Wendung in der Durchführung der Schulreform eventuell sogar . . . der Verzicht auf diese Durchführung ernstlich erwogen werde. Bei allem seien vor allem finanzielle Gesichtspunkte maßgebend. In diesem Zusammenhang ist auf die Mitteilung hinzuweisen, die auf der in Warschau begonnenen Tagung der Lehrerschaft der allgemeinen Schulen der Vizepräsident des Verbandes der polnischen Lehrerschaft, Senator Nowicki (vom Regierungsklub) den Versammelten über das Ergebnis einer Audienz gemacht hat, die eine Delegation dieses Verbandes beim Ministerpräsidenten Kołomski gehabt hatte. Der Ministerpräsident hat der Delegation, die ihm Denkschriften u. a. über die äußerst schwere Situation der Lehrerschaft vorgelegt hatte, erklärt, daß die automatischen Lehrerbeförderungen in Frage gestellt seien, weil die dazu nötigen 12 Millionen Zloty nicht aufzubringen sind, und daß überdies etliche zehn Millionen Zloty im Budget des Unterrichtsministeriums gestrichen werden müssen, weil die Regierung kaum das Geld für die Verschönerung der inneren Anleihen zu beschaffen vermöge.

Die Regierung — so lautete weiter der Bescheid des Ministerpräsidenten in der Biedergabe des Senators Nowicki — suche nach neuen Finanzquellen und denke u. a. sogar an die

Einführung von Schulgeldern in den Volksschulen, wenn auch nur in einem bedingten Maße.

Wie aus den obigen Mitteilungen hervorgeht, bewegen sich die Sorgen der Regierung anscheinend auf denselben Bahnen, wie die sorgenvollen Gedanken, welche von der unabhängigen Publizistik angesprochen werden. Richtiger gesagt: Sie betreffen übereinstimmend die untragbare Kostenbelastung des jetzigen Staatshaushalts und die Notwendigkeit von Einsparungen in großem Maßstab. In diesen Punkten ist die Übereinstimmung zweifellos. Die tiefe Klugheit wird aber erst sichtbar, wenn die Frage auf Tapet kommt,

wo der chirurgische Eingriff einzusehen ist,

um den Haushalt des Staates auf die Ausmaße zurückzuführen, die mit der finanziellen Leistungsfähigkeit der Bevölkerung im Einklang wären.

Polen bei der

Interparlamentarischen Union.

dk Warschau, 8. Oktober. Bei der augenblicklich in Stambul stattfindenden Tagung der Interparlamentarischen Union ist Polen verhältnismäßig zahlreich vertreten. Führer der polnischen Delegation ist der Abgeordnete Debicki, der auch zum Vorsitzenden der politischen Kommission gewählt wurde. Bei der allgemeinen Aussprache gab der polnische Senator Boenewski eine Erklärung ab, in der er den polnischen Standpunkt, wie er durch Minister Beck in der Minderheitsfrage vertreten wird, charakterisierte. — Die Verfassungskommission, die sich mit der Zukunft des Parlamentarismus befassen soll, wird noch in diesem Jahre in Warschau zusammenentreten.

Wechsel bei der polnischen diplomatischen Vertretung in Danzig

dk Danzig, 8. Oktober. Wie "Gazeta Gdańskia" zu melden weiß, verläßt Hauptmann Zygon von der Militärabteilung der polnischen diplomatischen Vertretung in Danzig in der nächsten Zeit Danzig. Hauptmann Zygon ist zur polnischen Gesandtschaft nach Berlin versetzt.

Rundfunk-Programm.

Mittwoch, den 10. Oktober.

Deutschlandsender.

06.20: Konzert. 08.45: Frauengymnastik. 09.40: Kindergymnastik. 11.00: Die Wissenschaft meldet über neueste Ausgrabungen. 11.30: Gesunde Frauen durch Leibesübungen. 12.00: Konzert. 13.00: Orchesterkonzert (Schallplatten). 15.15: Altdutsche Neigenspiele. 15.40: Für die Frau. 16.00: Unter Nachmittag. 17.30: Traum durch die Dämmerung (Schallplatten). 18.30: Bunte Stunde mit neuen Welken. 20.10: Innere Saar. — Den Weg frei zur Verständigung. 20.35: Stunde der jungen Nation. Rasse. 21.00: Die Leibstandarte Adolf Hitler spielt. 22.00: Nachrichten. 22.30: Zur Bernsteinfahrt des Winterhilfswerkes. 23.00: Zweite Schwerdtöre. 23.40—00.30: Schweden tanzt und singt (Schallplatten).

Breslau-Gleiwitz.

06.25: Konzert. 11.00: Schallplatten. 12.00: Konzert. 13.30: Unterhaltungskonzert. 15.30: Kinderkonzert. 16.00: Konzert. 17.35: Wohlauf noch getrunken. 19.00: Abendmusik. 20.35: Stunde der jungen Nation. Rasse. 21.00: Stille Stunden in Sanftsonne. 22.25—24.00: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

06.20: Konzert. 11.30: Konzert. 13.05: Schallplatten. 15.30: Jungmädelsstunde. 16.00: Konzert. 17.00 ca.: Musikbücher. 17.50: Stimmsong und Charakter III. 18.25: Werkstattstunde für Jungen. 18.50: Alessio Rini. Zum 100. Geburtstag des finnischen Dichters. 19.20: Weltliche deutsche Orgelmusik. 20.10: Violinmusik. 20.35: Stunde der jungen Nation. Rasse. 21.00: Im ganzen Gau — Rundfunk zur Schau. 22.00—24.00: Nachtmusik.

Leipzig.

06.25: Konzert. 08.20: Schallplatten. 12.00: Konzert. 14.10: Freud und Leid im Volkslied (Schallplatten). 16.00: Jungvolk, herhören! 17.00: Spanische Tänze. 18.20: Wiener Tänze und neuere Volksmusik. 20.35: Stunde der jungen Nation. Rasse. 21.00: Operettenklänge in allen Mundarten.

Warschau.

06.45: Schallplatten. 07.50—08.00: Konzert. 12.10: Märche und Tänze. 13.05—13.30: Ungarische Musik (Schallplatten). 16.45: Bärbel's Tiere. Erzählung für ältere Kinder. 17.00: Bißkonzert. 17.35: Schallplatten. 18.15: Konzert. 19.00: Musik alter Meister. 19.30: Konzert. Solisten-Vokalquartett. 21.00: Klavierwerke von Chopin. 21.40: Arien und Lieder.

Donnerstag, den 11. Oktober.

Deutschlandsender.

06.20: Konzert. 09.40: Haushirtschaftlicher Lebtag. 12.00: Konzert. 13.00: Walzmusik (Schallplatten). 15.15: Funkfestival: "Kaisers und der Hoppelvogel im Flugzeug". 15.40: Bücherstunde. 16.00: Konzert. 18.15: Fürs deutsche Mädchen. 18.30: Zeitkunst: "Der grüne Hut". 19.00: Tief in der Erde Schop. 20.15: Operettenkonzert. 21.10: Die Arbeit der Theater im Reich. 22.00: Nachrichten. 22.30: Gesunde Frauen durch Leibesübungen. 23.00: Herbst der Einsamen. 23.45—00.30: Tanz im Mondenschein (Schallplatten).

Breslau-Gleiwitz.

06.25: Konzert. 08.00: Morgenlied — Sprud. Anzahl: Lieder aus alter und neuer Zeit (Schallplatten). 10.10—10.40: Schulfunk. 11.00: Schallplatten. 11.45: Für den Bauern. 12.00: Konzert. 15.10: Männer an der Landstraße. 15.30: Kinderspiel. 16.00: Konzert. 17.35: Für die Mutter. 17.55: Kreuzer-Sonate. 18.30: Alfred Brust f. Zum Gedächtnis. 19.00: Tief in der Erde Schop. 20.10—24.00: Von Autos, vom Tanz und von der Liebe. 21.00: Einlage: I. Du liebst ein Auto. Söhnen von A. Halber. II. Dein Auto? — Mein Auto! Kurzoperette von O. Sander. Musik von H. Sattler.

Königsberg-Danzig.

06.20: Konzert. 10.00: Eröffnung der deutsch-kulturellen Woche in Danzig (aus Danzig). 1. Beethoven: Ouv. zu "Egmont" (Drah. d. Danziger Staatstheaters. Etg.). Staatskapellmeister Ortmann. 2. Begrüßungsansprache: Kuliussenator Adalbert Voed. 3. Dr. L. Ferd. Klausz: Rauschentle. 11.30: Schallplatten. 12.00: Konzert. 13.05: Schallplatten. 14.45: Kinderspiel. 15.15: Das wichtige Buch. 16.00: Konzert. 18.25: Landfunk. 19.00: Deutsche Gemälde des 17. Jahrhunderts. 19.30: Singlhunde. 20.10: Im ganzen Gau — Rundfunk zur Schau. 22.30: Tanz.

Leipzig.

06.25: Konzert. 08.20: Schallplatten. 12.00: Konzert. 13.10: Schrammelmusik. 16.00: Konzert. 17.00: Deutscher Geist — Deutscher Mensch. 17.20: Altnorwegische Volksweisen. 18.20: Unterhaltungskonzert. 19.05: Heitere Männerchöre. 20.10: Waldhornklänge. 20.50: An der Straße. 22.20—24.00: Erstaufführungen.

Warschau.

06.45: Schallplatten. 07.50—08.00: Konzert. 12.30—13.45: Polnisches Schulkonzert. 15.45: Unterhaltungskonzert. 17.00: "Hörst du?", Drama nach Słowacki. 18.15: Klaviervorträge. 19.00: Werke für Saxophon (Schallplatten). 19.30: Alte Walzer (Schallplatten). 20.00: Von einem Land zum anderen. Musical. Sendung. 21.00: Orchesterkonzert. Sol. Rosalind v. Schiraz. Soprano. 22.00: Konzert. 22.25: Tanzmusik.

Freitag, den 12. Oktober.

Deutschlandsender.

06.20: Konzert. 08.45: Frauengymnastik. 09.40: Alfred Brugel: "Der schwedische Obriß". 10.50: Spieltturnen im Kindergarten. 11.30: Gesunde Frauen durch Leibesübungen. 12.00: Konzert. 13.30: Kinderlieder. 15.15: Mädelbastelfest. 16.00: Fröhliches Wochenende. 17.30: Funkbrett. 18.20: Arbeitsamerad, du bist gemeint! 18.40: Der deutsche Rundfunk bringt. 18.55: Das Gedicht. Anzahl: Better. 19.00: Eröffnung der großen Ausstellung der Spielzeugindustrie Sonneberg in Breslau. 19.10: Wunschkonzert. 19.30: "Kinderlieder?" Kurzbüro von Erwin Albrecht. 20.00: Kernprüfung, Kurznotizen. 20.15: Was sagt Ihr dazu? Gespräche aus unserer Zeit. 20.30: Tanzen und Lachen. 22.00: Nachrichten. 22.35: Gesunde Frauen durch Leibesübungen. 23.00—00.30: Die besten Tanzapellen der Welt (Schallplatten).

Breslau-Gleiwitz.

06.25: Konzert. 10.10—10.55: Schulfunk. 11.00: Schallplatten. 12.00: Konzert. 15.10: Liederstunde. 15.40: Volkseinfest der Grenzen. 16.00: Konzert. 18.00: Deutsche Gegenwart und klassisches Altertum. 19.30: "Kinderlieder?" 20.15: Bunter Abend. 22.20—01.00: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

06.20: Konzert. 11.30: Konzert. 13.05: Schallplatten. 15.00: Musik für die Jugend. 16.00: Im ganzen Gau — Rundfunk zur Schau. 18.25: Orgelkonzert. 19.00: Abend-Konzert. 20.10: Autorenstunde. 20.30: "Der verlorene Walzer", Operette von Robert Stolz (aus Danzig). Spielleitung: Otto Normann. 22.30—24.00: Tanzmusik.

Leipzig.

06.25: Konzert. 08.20: Schallplatten. 12.00: Konzert. 13.10: Zur Unterhaltung (Schallplatten). 14.15: Schrammelmusik. 14.45: Kinderspiel. 15.30: Wunder der Bergwerk. 16.00: Fröhliches Wochenende. 18.25: Rose mal! 19.05: Alte und neue Musik an der spanischen Gitarre. 19.40: Lied wird Ton. 2

Polens Kohlenindustrie verlor eine Chance.

Weshalb es in Südwales nicht zum Grubenstreit kam.

Aus Katowic wird uns geschrieben:

Der polnische Steinkohlenbergbau ist um eine ganz große Chance gekommen. Man erinnert sich, wie einst, als eben der Mai umsturz in Polen erfolgt war, diesem schwerdarniederliegenden Bergbau ein ganz unverhofftes Geschenk in den Schöß fiel: der Gewinn der skandinavischen Steinkohlenmärkte infolge eines riesigen englischen Bergarbeiterstreiks, der es zuwege brachte,

dass polnische Kohle sogar nach England ging —

vielfach mit Hilfe der Deutschen Reichsbahn und über deutsche Seehäfen, denn Danzig reichte für die riesigen Anforderungen, die plötzlich an die polnische Kohlenausfuhr gestellt wurden, nicht aus, die Kohlenmagistrale Kattowitz-Gdingen war noch nicht gebaut, und vor allem war Gdingen noch bei weitem nicht der bedeutende Seehafen von heute.

Seit Monaten nun schien es jetzt, als ob ein neuer englischer Bergarbeiter-Ausstand Polen neue Chancen eröffnen würde durch die Selbstausschaltung des Reviers von Süd-Wales, von dem aus besonders Frankreich und Italien mit Kohle beliefert werden. Über diesem Revier hing das Gespenst eines ungeheuren Bergarbeiterstreiks, dessen Folgen ganz unübersehbar erschienen. Die Grubenarbeiter von Süd-Wales, in dem die niedrigsten Bergarbeiterlöhne von ganz England gezahlt werden, erschienen einig, wie nie zuvor, entweder ihre Lohnforderungen durchzudrücken, oder aber wie ein Mann in den Streik zu treten. Vor einigen Tagen nun haben sich ihre Delegierten mit der Einsetzung eines Schiedsgerichts einverstanden erklärt, ohne daß ihnen Sicherheit auch nur für einen Penny Lohnherhöhung geboten worden wäre. Das Schiedsgericht hat sogar die — freilich wohl nur theoretische — Möglichkeit einer Lohnherabsetzung und, was die Hauptache ist, das Recht, die Lohnstaffel für volle drei Jahre festzulegen.

Dieser Ausgang einer für die englische Kohlenindustrie überaus bedrohlich erscheinenden Aktion ist, wie erst jetzt in der englischen Presse durchsickert, rein psychologisch zu erklären:

Die entsetzliche Grubenkatastrophe von Gressford

hat den Ausbruch des Grubenarbeiterstreiks in Süd-Wales verhindert! Die 260 Opfer dieser Katastrophe haben nicht nur den Bergknappen, sondern der gesamten öffentlichen Meinung in England die Mahnung zugesetzt, daß es im englischen Bergwesen jetzt nur eine Aufgabe gebe, nämlich den Grundsatz wahr zu machen: Safety first — vor allem anderen kommt die Sicherheit. An Sicherheit, heißt es jetzt plötzlich in der gesamten englischen Presse (nach einem großen Eisenbahnglücks, das jener Grubenkatastrophe folgte) fehle es nicht nur in den Kohlengruben, sondern auch, was schließlich alle angeht, im Eisenbahnen. Zwar habe ein Engländer, Stephenson, die erste brauchbare Dampflokomotive geschaffen und die ersten Eisenbahnen seien, vor hundert Jahren, eben in England gebaut worden. Man habe auch jetzt noch die schnellsten Eisenbahnzüge mit, wie den Flying Scotchman, den Fliegenden Schotten. Aber in der Sicherheit sei man doch arg zurückgeblieben, wie es denn in England, dem klassischen Lande des Eisens und Stahls, nur erst wenige Eisenbahnwaggons aus Stahl gebe, die doch splitterfrei und unverbrennbar, das Leben der Fahrgäste am zuverlässigsten schützen.

Englands öffentliche Meinung

hätte demgemäß einem Grubenarbeiterstreik in Süd-Wales keine Stütze gegeben. Wie denn — so hieß es aus dem Mund des berühmten Mannes auf der Straße — ihr wollt streiken? Es gibt wichtiger Aufgaben im Bergwerk, als den Streit um ein paar Pennys. Sorgt mit dafür, daß sich Katastrophen, wie die von Gresford, nicht wiederholen können. Vor allem gelte es jetzt, den Opfern dieser Katastrophe zu helfen.

In der Tat setzte sofort eine Wohltätigkeitsaktion größten Ausmaßes ein, deren Umfang und Größe für den Beobachter aus Polen erst so recht klar wird, wenn er damit die Erfolge der Sammlungen nach der großen Überschwemmungskatastrophe im östlichen Galizien vergleicht. Es ist freilich das immer noch reiche England, das uns gegenübersteht, aber auf der anderen Seite war doch auch von der legendären englischen „Kalt schnäuzigkeit“ nichts zu merken. In einer einzigen Woche kamen für die Opfer von Gresford 27 000 Pfund Sterling zusammen. Der Lord-Mayor (Oberbürgermeister) von London eröffnete eine Spendenkasse.

lung, von der man allein 50 000 Pfund erhöfft. Die Bank of England gab einen Scheck über 500 Pfund und die übrigen Banken folgten diesem Beispiel ebenso, wie die Prinzen des Königlichen Hauses dem des Prince of Wales, der 100 Pfund zeichnete. Von den großen Beiträgen floßen über 10 000 Pfund ein, Abgeordnete opfereten (ein in aller parlamentarischen Welt seltener Fall) einen Teil ihrer Diäten, Arbeiterorganisationen besammten sich darauf, daß die Arbeitergroschen am Ende nicht nur zum Bau von Gewerkschafts-Palästen verwendet werden sollen — kurz alle Welt spendete für den armen Kumpel und seine Hinterbliebenen.

Der Streik, freilich, war damit erledigt. Die öffentliche Meinung hätte dafür auch nicht einen Penny mehr hergegeben, und ohne diese Hilfe, ohne die allgemeine moralische Unterstützung vor allem, hätte er auch nicht die geringste Aussicht auf Erfolg gehabt.

Es war freilich nicht nur dies „Wunder“, das den Bergarbeiterstreik von Süd-Wales verhinderte. Es war auch der ganz gewöhnliche common sense, der gesunde Menschenverstand, die durch eine bittere Erfahrung wachgehaltene nüchterne Überlegung, daß England durch diesen Streik

wichtigste Absatzgebiete verlieren

müsse, die vor allem dem polnischen Steinkohlenbergbau anheim fallen würden.

Wie war es denn vor nunmehr 10 Jahren? Da gingen durch einen solchen Streik die Kohlenmärkte in Schweden und Norwegen an Polen verloren, und es bedurfte größter Opfer und jahrelangen Wirkens der britischen Zähigkeit, sie wenigstens zum Teil wieder zu erobern, wobei freilich auch heute noch von einem Geschäft, das sich in Dividenden ausdrücken würde, keine Rede sein kann. Mit Schweden und Norwegen — so überlegte man in England — kam man schließlich ins Reine, weil man diesen Staaten sagen könnte: Gut, wenn ihr uns keine Kohle abnehmt, so werden wir euch auf euren landwirtschaftlichen Erzeugnissen sitzen lassen, die ihr an das Agrarland Polen doch ganz bestimmt nicht loswerden könnt.

So wurde die Sache Englands mit den skandinavischen Ländern und ebenso mit anderen Ostseestaaten schließlich bereinigt. Die unübertreffliche englische Rücksichtslosigkeit hatte hier den Sieg davongetragen. Diesmal aber würde es um die Kohlemärkte von Frankreich und Italien gehen, und da würden sich wieder ganz andere Perspektiven für den weitergehenden Kampf eröffnen. Zwar Frankreich ist, aus sattsam bekannten Gründen, keinesfalls darauf erpicht, polnische Kohle zu beziehen. Aber Italien? Das haut doch schon jetzt für polnische Kohle Schiffe für Gdingen; sollte es am Ende nicht auch noch Kohle aus Polen für Apulien und Zitronen beziehen? Ehe man solchen Entwicklungen die freie Bahn eröffnet, sehe man doch lieber zu, die Gefahr des Kohlenarbeiterstreiks von Süd-Wales beiseite zu schieben. Und so geschah es — geschah durch die psychologische Auswirkung der Katastrophe von Gresford ebensowohl, wie nach dem Diktat des gesunden Menschenverstandes, der in England, trotz dem August 1914, doch immer noch eine Macht ist.

Was bringt nun das Schiedsgericht?

Drei Tage standen die Vertreter der Grubenbesitzer von Süd-Wales denen der Kumpels in London gegenüber. Drei Tage wurde debattiert. In einer materiellen Einigung kam es trotz allem nicht. Die Grubenbesitzer rechneten vor, daß die Erfüllung der Lohnforderungen die Tonne Kohle um einen Shilling 1¼ Pence verteuern und damit im Jahre zwei Millionen Pfund Sterling Verlust bringen würde. Schließlich stimmten die Arbeitervertreter mit 67 000 Ja- gegen 14 000 Nein-Stimmen zu, daß die Löhne für einen Zeitraum bis zum 30. September 1937 durch ein Schiedsgericht festgesetzt werden sollen. Die drei unparteiischen Schiedsrichter werden durch den Bergwerksminister Brown ernannt

Für den Fall einer Löhnerhöhung treten die neuen Löhne rückwirkend vom 1. Oktober 1934 in Kraft. Sollten sie jedoch herabgesetzt werden, so gelten sie erst vom 1. Oktober 1935 ab. Eine Kündigung der neuen Lohnstaffel soll erst zum 1. September 1937 und danach zum 1. September eines jeden folgenden Jahres möglich sein. Was erreicht werden soll — und was dann die gesamte europäische Steinkohlen-Industrie aufs höchste angeht — ist also vor allem eine Festigung der Lohnverhältnisse für die lange Zeitspanne von drei Jahren.

Das Bergwerksrevier von Südwales ist das ruhigste in ganz England. Gelingt es, in diesem Bezirk feste Lohnverhältnisse zu schaffen, so ist damit für den englischen Steinkohlenbergbau viel gewonnen. Offenbar würde das aber auch zur Verhügung des gesamten europäischen Kohlenmarktes beitragen. England wird nach der Festsetzung der Lohnstaffel in einem seiner bedeutendsten Bergbaureviere vor allem wissen, unter welchen Vorausschätzungen es in den

Fortgang der englisch-polnischen Kohlenverhandlungen
eintreten kann, die, so oft sie auch begonnen wurden, immer ergebnislos geblieben sind. Im kürzesten Ausdruck heißt ihr Ziel bei den Engländern Festsetzung der Exportpreise, bei den Polen Teilung der Märkte. Der polnische Steinkohlenbergbau ist, wenigstens zur Zeit, von Lohnbewegungen nicht beeinflußt. Die große Menge der arbeitslosen Grubenarbeiter in den drei polnischen Revieren, die "industrielle Reservearmee", die durch die Rückkehr zahlloser Grubenarbeiter aus Frankreich noch mehr verstärkt worden ist, läßt Lohnforderungen überdies wenig aussichtsreich erscheinen. Wie in England lassen sich also auch in Polen die Gestehungs-
kosten für längere Zeitdauer festsetzen und danach berechnen, zu welchen Preisen Kohle ausgeführt werden kann, um wenigstens einen bescheidenen Nutzen zu lassen. Zur Zeit sind die Verhältnisse auch im deutschen Steinkohlenbergbau völlig stabil. Mag trotzdem eine englisch-polnische Einigung nicht in weitem Felde liegen, so zeichnet sich in der Ferne doch schon eine Einigung zu dritt, nämlich mit Einschluß von Deutschland, daß ja in der europäischen Steinkohlenförderung an zweiter Stelle steht.

Es geht dem Kumpel weder in England, noch gar in Polen, noch auch in Deutschland gut. Überall sind die Bergarbeiterlöhne stark gedrückt. Im wesentlichen trägt hieran die ruinöse Preisgestaltung der Ausfuhr infolge einer mörderischen Konkurrenz die Schuld. Wer die Arbeit des Bergmanns kennt, wird ihnen überall eine bessere Lebensgestaltung von Herzen wünschen. Warten wir nun vor allem erst einmal ab, wie das Schiedsgericht die Bergarbeiterlöhne von Süd-Wales festsetzen wird. Kommt es dort zu einer Lohnnerhöhung, dann dürfte dieses menschliche und kulturelle Problem auch in den anderen Kohlenländern angefasst, nicht aber zu Zwecken eines verschärften Wettbewerbs auf Märkten ausgenutzt werden, die es allzu leicht haben, aus der Not der Bergleute billig arbeitende Industrien zu schaffen. Möge zunächst bei den englisch-polnischen Kohlenverhandlungen dieser Gesichtspunkt nicht außer acht gelassen werden. Deutschland wird ihm sicherlich mit Freuden folgen.

Briefkasten der Redaktion.

„Posen 100.“ Alles, was Sie als Ihr Einkommen angeben, nämlich Invalidenrente, Angestelltenrente und die Beihilfe der Firma, fällt unter den im Einkommensteuergesetz angewandten Begriff emeritura, d. h. Ruhegehalt. Ruhegehalt untersteht gleichfalls der Einkommensteuer, aber nach Teil II des Gesetzes, worin die Steuerskala erst mit 2500 Blotn. Jahreseinkommen beginnt. Die Steuer wird in der Weise erhoben, daß sie bei Auszahlung der Bezüge gleich abgezogen wird. Da nun Ihre Ruhegehaltsbezüge von drei Stellen gezahlt werden und in keinem Falle im Jahresverhältnis die Höhe von 2500 Blotn. erreichen, mit der die Steuerpflicht nach Teil II des Einkommensteuergesetzes beginnt, so kann Ihnen keine Steuer abgezogen werden. Sie wären also danach steuerfrei, obgleich Sie tatsächlich ein Jahreseinkommen von 5100 Blotn. haben, während Personen, die sich in Stellung befinden, und nur ein Gehalt von 2500 Blotn. im Jahre beziehen, steuerpflichtig sind. Durch Gesetz vom 7. November 1931 wurde, um dieses Missverhältnis zu befeitigen, in das Einkommensteuergesetz die Bestimmung aufgenommen, daß Personen, die von mehreren Arbeitgebern Bezahlung erhalten, verpflichtet sind, nach Ablauf des betr. Jahres eine sogenannte Ausgleichssteuer zu zahlen, d. h. den Unterschied zwischen dem Betrage der Steuer, der nach der Steuerskala des Teils II des Einkommensteuergesetzes für Ihr ganzes Einkommen aus den verschiedenen Quellen zu zahlen wäre, und der Summe der Steuerbeträge, die Ihnen von Ihren verschiedenen Arbeitgebern abgezogen worden ist. Wir glauben, daß diese Bestimmung, die jetzt in dem kürzlich veröffentlichten einheitlichen Text des Einkommensteuergesetzes („Dz. Ust.“ Nr. 76/34, Pos. 715) unter Art. 45 figuriert, auf Ihren Fall zutrifft, obgleich dort immer nur von verschiedenen Arbeitgebern die Rede ist. Da Ihnen von Ihrem Einkommen an Einkommensteuer nichts abgezogen wurde und nach dem Gesetz auch nichts abgezogen werden könnte, ist der in dem sogen. Ausgleichsgesetz erwähnte Unterschied der ganze, auf Ihr Gesamteinkommen nach der Skala des Teils II des Einkommensteuergesetzes entfallende Steuerbetrag. Einkommen von über 4800 Blotn. bis 5200 Blotn. fallen in die 15. Stufe der Skala, und der Steueranteil ist 2,9 Prozent. Das ergäbe für ein Einkommen von 5100 Blotn. einen Steuerbetrag von 149,64 Blotn. pro Jahr, der in vier gleichen Quartalsraten, d. h. bis 5. März, 5. Juni, 5. September und 5. Dezember, bei der Steuerkasse zu zahlen ist. Bei Zahlung der 1. Rate sind der Steuerkasse die Berechnung, die der Steuerzahler selbst zu fertigen hat, und die darauf bezüglichen Ausweise vorzulegen. Fällt später einmal einer der Einkommensbeträge aus, etwa die Beihilfe der Firma, dann ermäßigt sich die Steuerstufe, oder die Steuerpflicht erlischt.

Spaziergang zu erreichen vermag, kommt niemand. Über man empfindet Entfernungen von 1-3 km als unüberwindbar.

Und allorts haben Huzulen ihre Verkaufsstände aufgeschlagen. Sie bieten schönes Leinen an, bunte Tücher und herrliche Holzarbeiten. Immer stehen Kurgäste um diese hübschen, bunt gekleideten Gestalten aus den Bergen herum. Der Huzule ist geschäftstüchtig — ist geschäftstüchtig geworden durch den Umgang mit Kurgästen. Der erstgeforderte Preis ist haushoch über demjenigen angesehen, der erzielt werden soll. Dann beginnt der Handel. Es kann lange dauern, bis man einig wird. Und dann steht der Preis, den der arme Sohn der Berge für seine Arbeit erhalten hat, doch noch in keinem Verhältnis zu dem kleinen Kunstwerk, das er da eben verkaufte. Denn es sind wirklich Kunstwerke, die in ihren klaren Formen, der edlen Farbenzusammenstellung, von hoher Kultur zeugen. Hoffentlich hält sich dieses Kulturniveau, denn es ist zu befürchten — Anzeichen sprechen schon heute dafür — daß diese Heimarbeiter ihre Erzeugnisse den Anforderungen der Gäste aus den großen Städten anpassen. Und das wäre der beginnende Verfall der huzulischen

Das ist das Huzulenland an der Hauptverkehrsstraße. Geht man ein wenig abseits in die Berge, dann kommt ein anderes Huzulenland zufage, jenseits von Kurgästen und Cafés und moderner Musik. Als wir am Abend auf der Veranda unserer "Waldheimat" saßen, im Mondlicht die Gebirgskette mit dem Massiv des Jawornik vor uns, spürten wir etwas von jenem anderen Huzulenland. Wenn wir auch nicht für Abwege sind — von der Hauptverkehrsstraße hatten wir vorläufig genug. Wir beschlossen, einen Wettkampf um die Meisterschaft im Seitensprung zu er-

Sorge! Ganz in E-

Wirtschaftliche Rundschau.

Das deutsch-polnische Verrechnungsabkommen unterzeichnet.

Am Sonnabend wurde das Kompensations- und Verrechnungsabkommen zwischen Deutschland und Polen paraphiert. Von polnischer Seite setzte unter das Abkommen seine Unterschrift der Vorsitzende der Delegation, Abteilungshof Sokolowski vom Ministerium für Industrie und Handel, und von deutscher Seite der Gesandte von Moltke.

Das Abkommen wurde auf ein Jahr abgeschlossen und umfasst, soweit es sich um die Ausfuhr aus Polen handelt, Holz, Butter, Eier, Güter und Spiritus im Gesamtwerte von 23 500 000 Zloty. Deutschland wird dafür nach Polen industrielle Produkte im gleichen Wert ausführen können. Die Erleichterungen von polnischer Seite beruhen darauf, daß zum ersten Mal Zollerleichterungen in der Höhe der bisherigen Konventionalsätze für eine Reihe von deutschen Waren zuerkannt worden sind, die bis jetzt den autonomen Zöllen unterlagen. Als Gegenleistung garantiert Deutschland die Begleichung der Einfuhr polnischer Waren auf dem Wege der Kompensation. Die gegenseitige, mit der Ausführung des Kompensationsabkommens zusammenhängende Verrechnung wird durch die polnische Kompensationsgesellschaft unter Teilnahme der deutschen Devisenzentrale und der Reichsbank bewirkt.

Zum Zusammenhang mit diesem Abschluß weisen die polnischen Wirtschaftskreise auf die Notwendigkeit hin, dieses Abkommen auf die gesamten deutsch-polnischen Umsätze auszudehnen, da das jetzt abgeschlossene Abkommen die Frage der in Deutschland eingetretene Forderungen des polnischen Exportis nicht gelöst habe. Die Flüssigmachung dieser Forderungen werde erst auf Grund einer formellen Verrechnungsverständigung erfolgen können.

Eine amtliche polnische Stellungnahme.

Über den Abschluß des deutsch-polnischen Abkommens wird von amtlicher polnischer Seite folgendes bekanntgegeben:

Die Grundlage der Verhandlungen bildeten die Besprechungen zwischen Vertretern der deutschen und der polnischen Landwirtschaft, die im Frühjahr dieses Jahres in Warschau und Berlin stattgefunden hatten, in denen die Möglichkeit des Beuges bestimmter polnischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch Deutschland geprüft worden war. Während der jetzt geführten Wirtschaftsverhandlungen stand die Frage der Gegenleistungen Polens auf dem Gebiet der Wareneinfuhr aus Deutschland für die deutsche Wirtschaft, polnische Land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse, insbesondere Güter, Eier, Butter und Holz, abzunehmen, im Vordergrund. Diese Gegenleistungen umfassen eine Anzahl Kontingente für deutsche Industrie- und Landwirtschaftserzeugnisse, wobei durch die polnische Regierung für einige dieser Waren die meistbegünstigten Vertragszollsätze zugestanden werden. Deutscherseits ist für Holz die Meistbegünstigung zugesagt worden.

Um die Schwierigkeiten zu überwinden, die sich aus der derzeitigen deutschen Devisenlage ergeben, ist vereinbart worden, daß die Ein- und Ausfuhr der beiderseitig in die Vereinbarung aufgenommenen Waren sich auf dem Wege privater Verrechnung vollziehen soll. Auf polnischer Seite wird die Abwicklung der Zahlungen durch die polnische Kompensations-Handelsgesellschaft, auf deutscher Seite durch den eingetragenen Verein Deutsch-polnische Handelskammer i. B., Breslau-Berlin, vorgenommen werden. Durch die Entsendung eines Vertreters der Handelskammer nach Warschau wird eine reibungslose Zusammenarbeit der beiden Stellen sichergestellt.

Zu den deutsch-polnischen Holzverhandlungen.

Die Zeitschrift "Drzewo", das Organ des Generalrats der polnischen Holzverbände, berichtet über die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen folgende teils bekannte, teils neue interessante Einzelheiten.

Auf dem Gebiete des deutsch-polnischen Holzverkehrs ist beachtigt, ein Kompensationsabkommen abzuschließen, in welchem die Devisenzuteilung für nach Deutschland exportierte Holzmaterialien sichergestellt wird. Das Holzabkommen wird Holzlieferungen für die nächsten 12 Monate im Werte bis zu 9 Mill. Zloty umfassen. Von dieser Summe sollen 6 Mill. Zloty auf bearbeitetes und halbbearbeitetes Material, also Schnittware, 1,8 Mill. Zloty auf Paarholz, und 1,2 Mill. Zloty auf Rundholz entfallen; für das leitige Holzmaterial wird Polen auf die Erhebung von Ausfuhrzöllen verzichten.

Die Zeitschrift "Drzewo" unterstreicht mit Nachdruck, daß das Kompensationsabkommen keine Beschränkung der Holzausfuhr außerhalb der Kontingente bedeute. Die Ausfuhr außerhalb der Kontingente nach Deutschland wird zu den allgemeinen Bedingungen auch weiterhin zulässig sein. Der gegenwärtig in Bearbeitung befindliche Kompensationsvertrag soll lediglich gewisse Erleichterungen für die Ausfuhr polnisches Holzes nach Deutschland schaffen und die Beteiligung von Deutschen für die in diesem Abkommen vorgegebenen Holzmenge besonders sichern.

Die mit der Durchführung des Abkommens verbundene Verrechnung wird durch ein polnisches Finanzinstitut unter Mitarbeit einer deutschen Bank vorgenommen werden.

Das Kompensationsabkommen wird demnach einen gewissen Erfolg für ein Verrechnungsabkommen zwischen Polen und Deutschland, wenn auch in engen Grenzen, darstellen. Das polnische Handelsamt spricht bei dieser Gelegenheit den Wunsch aus, daß dieses Abkommen schon in nächster Zeit auf die Gesamtheit des deutsch-polnischen Handelsverkehrs ausgedehnt werden möge. Eine Verflüssigung der eingetretene Forderungen werde nämlich, so heißt es weiter, erst auf Grund eines formellen Clearingabkommens möglich sein, dessen Abschluß die ganze polnische Wirtschaftswelt mit Ungeduld erwartet.

Über das engere Kompensationsabkommen heißt es weiter, daß die technischen Durchführungsbestimmungen in einer besonderen Vereinbarung festgelegt werden sollen. Die Besprechungen über die technischen Einzelheiten sollen zwischen dem Handelsrat der polnischen Gesellschaft in Berlin und dem Leiter der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung geführt werden. Die deutsch-polnische Holzverständigung wird, wie man in polnischen Holzkreisen annimmt, schon in den nächsten Tagen perfekt werden. FWD.

Das deutsch-polnisch-russische Roggenabkommen.

Über die Einzelheiten des zwischen Deutschland, Polen und der Sowjetunion fürstlich abgeschlossenen Roggenabkommens wird folgendes bekannt:

Neben dem polnischen Bureau für Getreide-Export und der entsprechenden Zentrale in Deutschland wird als die zuständige russische Stelle der "Export- und Import" fungieren. Der "Export- und Import" wird die einzige Institution sein, die zur Ausfuhr von Roggen und Roggenmehl aus der Sowjetunion berechtigt ist. Ihr Sitz ist Hamburg. Die Leiter der drei Zentralverkaufsbüros sollen mindestens dreimal jährlich zusammentreten, um die Richtlinien für die weitere Ausfuhrpolitik festzulegen. Die erste dieser Zusammenkünfte findet in Moskau statt.

Als neuer Punkt, der in dem deutsch-polnischen Abkommen nicht enthalten war, tritt ein Paragraph 5 auf, der verlangt, daß keiner der Vertragspartner in den europäischen Freihäfen mehr als 25 000 Tonnen unverkauften Roggens und Roggenmehls auf Lager hält. Das Abkommen zwischen den drei Staaten gilt bis zum 31. Juli 1935. Es tritt bekanntlich erst nach seiner Ratifizierung durch die Sowjetunion in Kraft.

Beginn der englisch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen am 10. Oktober.

Nach einer Mitteilung der offiziellen Nachrichtenagentur "Tatra" ist der ursprünglich für den 2. Oktober in Aussicht genommene und kurz vor diesem Termin aufgeschobene Wiederbeginn der englisch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen endgültig auf den 10. Oktober in London festgelegt worden. Die von dem Direktor der Handelsabteilung im polnischen Industrie- und Handelsministerium Sokolowski geführte polnische Delegation begibt sich in diesen Tagen nach London, wo die vom Handelsrat der polnischen Botschaft Geppert geführten vorbereitenden Besprechungen bereits vor einiger Zeit begonnen haben.

Die Wirtschaftslage Frankreichs.

Dr. Gr. Im Laufe der Weltwirtschaftskrise hat sich aus deutlich gezeigt, daß der Wirtschaftsversall keineswegs vor den Ländern mit Goldwährung half, sondern hier ebensoviel, wie in der übrigen Welt, zu einer starken Verminderung des Umlaufes, Schrumpfung der Einkommen und Vermehrung der Arbeitslosigkeit führte. Die französische Politik hat lange geglaubt, durch die energische Verteidigung der französischen Goldwährung die Krisenhafte Ereignisse fast aller übrigen Länder von dem eigenen Land fernhalten zu können. Sie hat, als die Rückwirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Frankreichs Wirtschaft nicht mehr zu verkennen waren, im Jahre 1930 mit energischen Einfuhrbeschränkungen ihren Binnenmarkt zu schützen versucht, aber übriggeblieben ist dennoch die Tatsache, daß zwar die Preise der wesentlichen Lebensmittel ihre Höhe gehalten haben, aber die Einkommen erheblich zurückgingen, und somit durch Abfallen der Kaufkraft und Steuerkraft erhebliche Ausfälle im Staatshaushalt entstanden, die den Staatskredit gefährdeten und zu tiefgreifenden Sparmaßnahmen führten, von denen wiederum ein neuer Druck auf das Volkseinkommen ausging.

Nach der französischen Statistik ist das französische Volksinkommen von 1929, wo es 20 Milliarden Fr. betrug, bis 1932 auf 206 Milliarden Fr. gesunken. In der gleichen Zeit gingen die Löhne und Gehälter von 115 Milliarden auf 107 Milliarden Fr. zurück, das Einkommen aus Landwirtschaft von 45 Milliarden auf 26 Milliarden Fr., das Einkommen aus Industrie und Handel von 29 auf 17 Milliarden Fr.

Es entspricht französischer Überlieferung, die Fragen des öffentlichen Haushalts besonders genau zu nehmen, und die Ordnung des französischen Staatshaushalts, der seit 1922 einen Kreditbedarf von 30 Milliarden Fr. in Anspruch nahm, wurde geradezu zum Angelpunkt der Gesamtpolitik mit dem Ziel, ähnlich wie Poincaré im Jahre 1925, eine schläfrige Ausgleich durch Kombination von Ausgabenkürzungen, Steuererhöhung und Anleihekonzessionen herbeizuführen. Die Konzentrationsregierung, die derzeit in Frankreich die Lage beherrscht, ist der Verwirrung dieses Programms ziemlich nahe gekommen, hat es jedoch nicht voll erreichen können, und zwar hat die Ausgabenenkung sich im wesentlichen durchführen lassen, dagegen bleiben die Steuereingänge hinter den Schätzungen zurück.

Schließlich hat die sehr wichtige Anleihekonzession der Regierung zwar den erhofften Betrag von 3 Milliarden Fr. zur Verfügung erbracht, jedoch nur zum Umtausch von etwa 1/4 der vorherigen Anleihekosten geführt, obwohl die Konversionssanleihe mit sehr verlockenden Rückzahlungsbedingungen ausgestattet war (Bezeichnungskurs 95, Rückzahlungskurs 140 in spätestens 50 Jahren). Es ist also mit neuen Haushaltmaßnahmen zu rechnen, was naturgemäß beeinträchtigend auf die Kreditgeber des Staates wirkt und die Sorge hervorruft, daß die stets mit großer Energie abgelebte Devaluation des französischen Franken vielleicht dennoch eines Tages das letzte Auskunftsmittelein möchte, um die Staatsfinanzen und die Wirtschaft Frankreichs in eine ausgewogene Lage zu versetzen.

Von einer Devaluation kann bisher in Frankreich nicht die Rede sein, es ist der gegenwärtigen Regierung vielmehr durchaus zu glauben, daß sie nach wie vor alles tun wird, um ihre wertbeständige Währung, gegebenenfalls auch durch Goldpfoser, aufrecht zu erhalten. Indes ergeben sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung Momente, welche im Sinne einer starken Deflation wirken, deren wirtschaftliches Ergebnis sich für den einzelnen unter Umständen von dem Ergebnis einer Devaluation nicht wesentlich zu unterscheiden braucht. Vor allem ist es der außerordentliche Rückgang der französischen Ausfuhr, welcher auf die allgemeine Lage ungünstig einwirkt. Der Außenhandel Frankreichs ist seit 1929 in der Einfuhr dank der prolibitiven Maßnahmen der Regierung auf etwa die Hälfte, nämlich von 58,2 Milliarden Fr. 1929 auf 28,4 Milliarden Fr. zurückgegangen. Gleichzeitig aber ging die Ausfuhr von 50 Milliarden Fr. auf 18,4 Milliarden Fr. zurück, also auf nicht viel mehr als 1/3.

Der Einfuhrüberschuß, der 1928 nur 1,5 Milliarden Fr. betrug, stieg bis 1930 auf 9,7 Milliarden Fr. und betrug 1933 sogar fast 10 Milliarden Fr. Hat der Außenhandel für Frankreichs Gesamtwirtschaft auch nicht dieselbe Bedeutung wie z. B. in Deutschland, so ist doch eine so starke Verminderung des Auslandsabsatzes immerhin von einer erheblichen Tragweite für den im Lande vorhandenen Beschäftigungsgrad. Für Frankreich steht daneben, in weit größerem Maße als für Deutschland als Faktor der Zahlungsbilanz des Landes der Fremdenverkehr sowie die Schuld- und Zinszahlungen, die es aus dem Auslande empfängt, eine Rolle.

Der französische Fremdenverkehr aber ist im Zuge der Weltwirtschaftskrise natürlich ganz besonders stark zusammengekrümpt. Der amerikanische und englische Tourist fehlt ebenso wie der Großkaufmann und Großplantagen-Besitzer der tropischen Länder nicht nur im Wirtschaftsleben von Paris, sondern auch in den beliebtesten Zentren des Fremdenverkehrs an der südlichen und nördlichen Küste des Landes.

Die außerordentlichen Schwierigkeiten in den französischen Schuldversstaaten verhindern die Überweisung der laufenden Verpflichtungen. Die deutschen Tributleistungen sind in Fortfall gekommen, Frankreich ist daher zum Ausgleich seiner Außenhandelsbilanz ohne Zweifel dazu gezwungen, seinen Kapitalstock anzugreifen, und hieraus ergeben sich entsprechende Rückwirkungen auf das innere Wirtschaftsleben.

Wenn es im Jahre 1933 den Anschein hatte, als ob es den Franzosen gelingen würde, sich in die erkennbar werdende Krisen erleichterung aktiv einzuschalten, so hat das Halbjahr 1934 die in dieser Hinsicht erhofften Folgen nicht ausgelöst. Die französische Ausfuhr, insbesondere die Tertiärgüter-Ausfuhr, ist seit dem Herbst 1933 neuerdings erheblich abgesunken und hinter den Befahren des Vorjahrs zurückgeblieben. Allerdings hat gleichzeitig auch eine erhebliche Senkung der Einfuhr stattgefunden, und zwar hauptsächlich infolge einer Verringerung des Rohstoffbedarfs, die im großen und ganzen immer ein Kennzeichen wirtschaftlichen Rückgangs ist.

Am Zusammenhang mit der vermindernden Beschäftigung steht die Erhöhung der Arbeitslosigkeit, die für Frankreich während des letzten Jahres bis in die Gegenwart hinein festzuhalten ist. Die französische Regierung ist infolgedessen auch zu gewissen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen übergegangen, insbesondere zur Herstellung von Straßenbauten und zu Bewässerungs-, Elektrifizierungs- und Kanalarbeiten, für die ein Gesamtaufwand von 10 Milliarden Fr. in 5 Jahren vorgesehen ist. Ein jährlicher Aufwand von 2 Milliarden Fr. ist vergleichsweise außerordentlich gering, wenn man beispielweise die in Deutschland und den Vereinigten Staaten für Arbeitsbeschaffung eingesetzten Mittel gegenüberstellt.edenfalls ist augenscheinlich, daß die französische Regierung auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung mit vollem Vorbedacht sich zurückhält. Offenbar braucht sie den Deflationsprozeß als einen wichtigen Faktor für die Sanierung des öffentlichen Haushalts und nimmt die damit verbundene Einengung der Kaufkraft und Steuerkraft der Bevölkerung bewußt in Kauf.

Die erörterten Tatsachen zeigen aufs deutlichste, daß Frankreich weit davon entfernt ist, die Weltwirtschaftskrise überwunden zu haben und in diesem Punkte erheblich hinter den übrigen wichtigen Industrieländern zurück ist. Das Deutsche Statistische Reichsamt bringt recht instructive Zahlen zur Charakteristik der Anregung, welche Frankreich von außen her für seinen neuen wirtschaftlichen Aufschwung zu erwarten hat. Es heißt in einer neuerlichen Versatellung des Statistischen Reichsamts

"Gegenwärtig befinden sich 51 v. H. aller Länder (gemessen am Welthandel) im Aufschwung, 14 v. H. im Stadium der Erholung, 33 v. H. in der Depression und 2 v. H. in einer Rückgangsentwicklung; gemessen an der Ausfuhr Frankreichs machen die im Aufschwung befindlichen Länder hingegen lediglich 29 Prozent, die im Stadium der Erholung stehenden 5 Prozent der Welt aus, während sich volle 63 Prozent noch in der Depression und 3 Prozent im Rückgang befinden."

Die Zwangsverwaltung in Żyrardów bleibt bestehen.

Die Handelsabteilung des Warschauer Bezirksgerichts beschäftigte sich am Sonntag mit den Żyrardower Verfahren. Nachdem seinerzeit zwischen der polnischen und der französischen Gruppe der Aktionäre vereinbart worden war, die ganze Angelegenheit einem Schiedsgericht zu unterbreiten, hatten die Sachwalter der polnischen Gruppe beantragt, das Verfahren niederschaffen und die Zwangsverwaltung aufzuhoben. Das Urteil des Handelsgerichts ging dahin, den Antrag abzulehnen und die Zwangsverwaltung weiter bestehen zu lassen. Zugleich wurde die Einsetzung eines Ausschusses zur Nachprüfung der Missbräuche der Żyrardower Verwaltung beschlossen.

Wir werden uns mit diesem außerordentlich interessanten Beschluß des Warschauer Handelsgerichtes in einem Artikel noch besonders befassen.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verkündung im "Monitor Polisi" für den 8. Oktober auf 5,924 Zloty festgestellt.

Der Zloty am 6. Oktober. Danzig: Überweisung 57,82 bis 57,92, bar 57,88–57,95. Berlin: Überweisung ar. Scheine — bis —, Prag: Überweisung 45,75, Wien: Überweisung 79,14, Paris: Überweisung —, Zürich: Überweisung 57,92%, Mailand: Überweisung —, London: Überweisung 25,75, Copenhagen: Überweisung 87,25, Stockholm: Überweisung 75,50, Oslo: Überweisung —.

Berlin, 6. Oktober. Amtl. Devisentafel: New York 2,470–2,474 London 12,15–12,18, Holland 168,48–168,82, Norwegen 61,06 bis 61,18, Schweden 62,67–82,79, Belgien 58,17–58,29, Italien 21,45 bis 21,49, Frankreich 16,39–16,43, Schweiz 81,12–81,28, Prag 10,37 bis 10,39, Wien 48,95–49,05, Danzig 81,18–81,34, Warschau 47,00–47,10.

Brüderliche Börse vom 6. Oktober. (Amtlich) Warschau 57,92%, Paris 20,20%, London 14,98%, New York 3,04%, Brüssel 71,55, Italien 26,25%, Spanien 41,87%, Amsterdam 207,70, Berlin 123,20, Wien offiziell 72,73, Noten 57,15, Stockholm 77,55, Oslo 75,25, Copenhagen 68,85, Sofia —, Prag 12,79, Belgrad 7,00, Athen 2,92, Konstantinopel 2,48, Bukarest 3,05, Helsingfors 6,62, Buenos Aires 79,50, Japan 88,00.

Die Bank Polisi zahlt heute für: 1 Dollar gr. Scheine 5,21, 31. do. kleine 5,20, 31. Kanada 5,27, 31. 1 Bid. Sterling 25,74, 31. 100 Schweizer Franken 172,16, 31. 100 franz. Francen 34,79, 31. 100 deutsche Reichsmark nur im Gold 212,34, 31. 100 Danziger Gulden 172,24, 31. 100 tschech. Kronen 21,66, 31. 100 österreich. Schillinge 98,00, 31. holländische Gulden 357,70, 31. Belgisch. Belgas 123,19, 31. ital. lire 49,20, 31.

Produktionsmarkt.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörsen vom 8. Oktober. Die Preise laufen Parität Bromberg (Wagon-ladungen) für 100 Kilo in Zloty.

Standards: Roggen 706 g/l. (120,1 f. h.), Weizen 737,5 g/l. 125,2 f. h., Braunerste 707 g/l. (120,1 f. h.), Einheitsgerste 685 g/l. (116,2 f. h.), Sammelgerste 686 g/l. (112 f. h.), Hafer 468,5 g/l. (78,1 f. h.).

Transaktionspreise:

Roggen	60 to	17,70	blaue Lupinen	— to	—
	— to	—	Braunerste	99 to	21,50–22,25
Weizen	15 to	17,60	Einheitsgerste	— to	—
Roggenkleie	— to	—	Brombergerien	— to	—
Weizenkleie, gr.	— to	—	Speisefart.	— to	—
Hafer</td					